

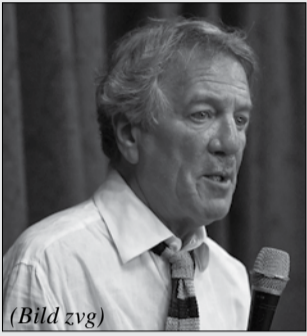
Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

## Der neue Eisener Vorhang

**Die Ukraine-Krise wird zur Feuerprobe für Europa ... und Europa versagt**

von Patrick Lawrence



(Bild zvg)

Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein jüngstes Buch ist «Time No Longer: Amerikaner nach dem amerikanischen Jahrhundert». Auf Twitter findet man ihn bei @thefloutist. Seine Webseite lautet Patrick Lawrence.

Seit die USA den Putsch vom Februar 2014 in der Ukraine angezettelt haben und das Land auf tragische Weise gegen sich selbst gespalten wurde, ist viel über einen neuen Kalten Krieg zu lesen. Einige von uns haben in dieser Publikation und anderswo über diese sich abzeichnende Realität nachgedacht.

Mit der Ankündigung, dass Finnland und Schweden die Mitgliedschaft in der Nordatlantikpakt-Organisation beantragen wollen, ist der «Zweite Kalte Krieg» nicht mehr nur eine griffige Redewendung für Kolumnisten und diejenigen, die auf Barhockern darüber dozieren.

Der Beitritt dieser nordischen Nationen zu Washingtons wichtigstem Instrument der Machtprojektion ist gesichert und wird in kürzester Zeit abgeschlossen sein. Dies wird die Mauer festigen, die Washington und seine europäischen Klienten errichten wollen, um die Welt noch perverser und zerstörerischer aufzuteilen, als es in den vier Jahrzehnten des «Ersten Kalten Krieges» der Fall war.

Die Bedeutung dieser Entwicklung kann kaum überschätzt werden – für die Finnen, Schweden und Russen sicherlich, aber auch für alle Europäer und am Ende für jeden Menschen auf diesem Planeten, der lebt oder noch geboren wird.

Erinnern Sie sich an die berühmten Zeilen Kiplings?

«Oh, der Osten ist der Osten und der Westen ist der Westen, und niemals werden sich die beiden begegnen, bis Himmel und Erde vor Gottes grossem Richterstuhl stehen ...»

Kipling hat «The Ballad of East and West» im Jahr 1889 veröffentlicht, auf dem Höhepunkt des britischen Empire, und darin die grosse Kluft zwischen den imperialen Mächten und ihren Untertanen beklagt. Sein tiefstes Bedauern galt all der verlorenen Menschlichkeit, die der dauerhaften, aber künstlichen Trennlinie geopfert wurde, die vor langer Zeit in die Erde geritzt worden war, um die Herrschaft des Westens über den Rest der Welt abzusichern.

Da der Tag des Jüngsten Gerichts nicht unmittelbar bevorzustehen scheint, werden wir noch viele Jahre des Bedauerns erleben, während Washington die Infrastruktur aufbaut, die den «Zweiten Kalten Krieg» bestimmen wird. Der Beitritt Finnlands und Schwedens zur Nato deutet auf ein Bauwerk hin, das dauerhafter sein wird, als es der Eisener Vorhang und – auf der anderen Seite der Welt nach 1949 – dessen Bambusvariante waren. Es wird nur wenige Türen und Fen-



Verhandlungsdelegationen im Konferenzsaal in Minsk am 11. Februar 2015. Das Ergebnis war Minsk II, dessen Ziel u. a. war, den Krieg im Donbass zu beenden. (Bildquelle: www.kremlin.ru)

«Die Ukraine-Krise erweist sich als die Feuerprobe für Europa, und Europa versagt auf ganzer Linie. Alle, nicht nur die Europäer, hätten gewonnen, wenn die Staats- und Regierungschefs des Kontinents den Mumm gehabt hätten, für sich selbst und die Interessen ihrer Bürger einzustehen und entsprechend zu handeln.»

ster in dieser undurchlässigen Konstruktion geben, und das ist auch Washingtons Absicht. Es wird schwer sein, auch nur einen unverstellten Blick auf die jeweils andere Seite zu werfen.

### Der «Zweite Kalte Krieg»

Und das ist der springende Punkt bei diesem zutiefst fehlgeleiteten Projekt. Die Bevölkerungen der westlichen Postdemokratien werden einen weitaus höheren Preis dafür zahlen, dass sie ihre führenden Politiker die dicke Steinmauer des «Zweiten Kalten Krieges» errichten liessen, als diejenigen, die damit in die Wildnis verbannt werden sollen. Die Menschen im Westen werden diesen Preis mit Blindheit, Ignoranz und Isolation von der Mehrheit der Weltbevölkerung bezahlen müssen.

Wenn Ihr Vorschlag darin besteht, andere zu isolieren – und die grosse Mehrheit der Menschheit will nichts damit zu tun haben, andere zu isolieren und eine Welt voller Mauern zu bauen –, dann haben Sie es wahrscheinlich falsch verstanden: Wer andere ausgrenzen will, wird sich selbst ausgegrenzt finden.

Es hat sich gezeigt, dass es ein Katzen sprung war von: «Herr Gorbatschow, reisen Sie die Mauer ein!» bis zur Errichtung einer neuen Mauer, so schnell, wie Steine gesetzt werden können. Jetzt wissen wir, was

Präsident Joe Biden mit «Build Back Better» («besser wiederaufbauen»)\* meint.

Seit der russischen Intervention in der Ukraine am 24. Februar haben wir mit ansehen müssen, wie viele völlig unschuldige Menschen – Musikdirigenten, Sportler, Professoren, Künstler, Schriftsteller – ihre Arbeit verloren haben oder anderweitig zensiert wurden, weil sie sich weigerten, den russischen Einmarsch öffentlich anzuprangern, oder in einigen Fällen einfach, weil sie Russen sind. Das erinnert mich an eine Stelle im Neuen Testament, Matthäus 15:11, grob umschrieben: Wer einen anderen beschmutzen will, beschmutzt nur sich selbst.

### Sanktionen

Inzwischen haben die USA und ihre «Verbündeten und Partner» mehr als 6000 unterschiedliche Sanktionen gegen Russland und einzelne Russen verhängt. Die bisherigen «Ergebnisse» weisen aber deutlich darauf hin, dass sie völlig unwirksam sind, was auch die politisch dafür Verantwortlichen langsam zu merken scheinen.

Letzte Woche gab Grossbritannien bekannt, dass es Sanktionen gegen die Ex-Frau des russischen Präsidenten Wladimir Putin und eine ehemalige Sportlerin, die seine Freundin sein soll, sowie drei seiner Cousins verhängt hat. Andere westliche Behörden jagen Jachten rei-

«Ein Blick auf die Landkarte klärt auch, warum Russland vor drei Monaten beschlossen hat, in der Ukraine zu intervenieren, und warum der Autor dies auch heute noch für ein bedauerliches, aber notwendiges Unternehmen hält. Aus der Karte geht nämlich hervor, dass mit dem Beitritt Finnlands die Nato auch im hohen Norden bis an die Westgrenze Russlands vorgerückt ist. Und mit dem Beitritt Schwedens wird die Ostsee zum Nato-Meer.»

cher Russen im Mittelmeer hinterher. Das ist an Peinlichkeit kaum zu überbieten.

Was wir bisher gesehen haben, so erbärmlich es auch gewesen sein mag, wird mit der Zeit verschwinden. In den westlichen Konzertsälen werden wieder Rachmaninow und Schostakowitsch gespielt werden, und auch über Tolstois «Krieg und Frieden» wird es wieder Vorlesungen und Seminare an westlichen Universitäten geben.

Die Entscheidung Finnlands und Schwedens, der Nato beizutreten, ist allerdings von anderer Art. Die beiden Staaten sind gekommen, aber sie werden nicht wieder gehen. Ähnliches gilt für die drastischen Bemühungen, die globalen Energiemärkte neu zu ordnen und Russland aus ihnen zu verdrängen. Die daraus resultierenden Massnahmen lassen sich nicht ohne weiteres rückgängig machen.

Kurzum, wir sind Zeuge einer historisch bedeutsamen, dauerhaften Umstrukturierung der Weltordnung, die in Echtzeit stattfindet.

Auf jeder politischen Landkarte (mit Ländergrenzen) wird das Ausmass der gegenwärtigen Veränderungen sichtbar. Seit dem Zerfall der Sowjetunion haben alle US-Regierungen versucht, die Nato bis an die Grenzen Russlands auszuweiten, konnten im Norden bisher aber nur die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zu Frontstaaten machen.

Die USA haben es 2008 nicht geschafft, Georgien umzudrehen, und es ist ihnen auch nicht gelungen, 2021 eine weitere «farbige Revolution» in Weissrussland in Gang zu setzen. Wie es derzeit aussieht, scheint auch die erhoffte schnelle Aufnahme der Ukraine in die Nato zu misslingen.

Ein Blick auf die Landkarte klärt auch, warum Russland vor drei Monaten beschlossen hat, in der Ukraine zu intervenieren, und warum der Autor dies auch heute noch für ein bedauerliches, aber notwendiges Unternehmen hält. Aus der Karte geht nämlich hervor, dass mit dem Beitritt Finnlands die Nato auch im hohen Norden bis an die Westgrenze Russlands vorgerückt ist. Und mit dem Beitritt Schwedens wird die Ostsee zum Nato-Meer.

Das ist das strategische Bild, aber das strategische Bild ist nur der Rahmen für die Welt, in der wir – aller Voraussicht nach – noch Jahrzehnte, ja, Generationen leben werden. Jeder, der den «Ersten Kalten Krieg» erlebt hat, wird mit mir eine tiefe Beunruhigung, eine Traurigkeit teilen, die nicht weit von einer Depression entfernt ist.

Zu den schlimmsten Folgen des «Ersten Kalten Krieges» gehört die Verengung des Bewusstseins der US-Bürger, so dass die meisten nicht mehr in der Lage waren, irgendeine Art von Komplexität zu bewältigen. Alles war binär, manichäisch, «die Guten und die Bösen», wie es so mancher Kommentator – nicht nur Tom Friedman – immer noch für richtig hält, wenn es um ein bestimmtes Thema geht.

Die US-Amerikaner haben es nicht geschafft, über den Zustand der Ignoranz hinauszuwachen, den der «Erste Kalte Krieg» forderte, bevor sie wieder in ihn zurückgestossen werden. Die Ukraine: die Guten. Russland: die Bösen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Europäer dieser simplen Weltansicht anschliessen, und zwar genau in dem Moment, in dem sie die grobschlächtigen Vereinfachungen der US-Regierung mit der nötigen Nuancierung und Differenzierung hätten abmildern können.



# «Ethnopluralismus» – der neue Rassismus feiert fröhlich Urständ, nicht nur rechtsausen

von Tobias Salander

*Rassismus – gebannt durch Strafparagrafen, verpönt im öffentlichen Diskurs. Temp passati? Ein Blick auf unseren Planeten lehrt uns: Weiterhin ist in Europa und den USA eine krass einseitig, westlich fixierte und zumeist rassistisch unterfütterte Sicht auf die Welt zu konstatieren. Oder wo bleiben in unseren Massenmedien die Stimmen aus Asien, Lateinamerika, Afrika? Zum Beispiel zum aktuellen Krieg um die Ukraine? Kishore Mahbubani aus Singapur, laut Newsweek einer der 100 wichtigsten Intellektuellen der Gegenwart, aber nicht nur er, wird nicht müde, den Westen mit seiner kolonialistischen und rassistischen Vergangenheit zu konfrontieren. «Can Asians think?» betitelt Mahbubani denn auch eines seiner Bücher, dem Westen einen (post-)kolonialistischen Spiegel vorhaltend. Die moderne akademische Rassismusforschung ortet Rassismus immer auch wieder in neuem Gewand: «Ethnopluralismus» ist einer dieser neuen Begriffe, der neue Schlauch, der aber nur den alten Wein des üblen klassischen Rassismus auf Grund der Hautfarbe und der Herkunft enthält und weitertransportiert. Ihn zu orten, heisst, ihn in aller Deutlichkeit zurückzuweisen.*

Auf den ersten Blick könnte man «Ethnopluralismus» mit multikulturellem Denken verwechseln. Das ist aber ein Irrtum. Die regierungnahe Bundeszentrale für politische Bildung in Deutschland definiert den Terminus «Ethnopluralismus» für den Schulgebrauch wie folgt, ihn ganz bei der sogenannten «Neuen Rechten» ansiedelnd: «Mit dem Begriff «Ethnopluralismus» bezeichnet die sogenannte Neue Rechte ein Theoriekonzept, das den für Rechtsextreme typischen Rassismus neu und weniger angreifbar begründen soll. Kritiker nennen ihn einen «Rassismus ohne Rassen». Das Wort «Ethnopluralismus»

– zusammengesetzt aus dem griechischen «ethnos» (Volk) und dem lateinischen «pluralis» (Mehrzahl) – propagiert eine «Völkervielfalt». Der Begriff stamme von einem gewissen Henning Eichberg, Theoretiker der «Neuen Rechten». Vorläufer des Konzepts fänden sich aber schon beim Antisemiten und Blut-und-Boden-Ideologen des Dritten Reiches, Carl Schmitt. Ethnopluralisten gingen von grundsätzlichen und unveränderlichen «Eigenschaften» von Menschengruppen aus. Sie vermieden aber biologistische Argumentationen, wie der klassische Rassismus es tat: «Statt dessen behaupten sie, Völker besäßen unveränderliche kulturelle Identitäten», und am besten sei es, wenn die Völker möglichst gesondert lebten. Je homogener ein Volk in kultureller Hinsicht, desto stärker sei es. Gegenseitige kulturelle Beeinflussung, die das Leben der Menschen immer bestimmte, blendeten sie dabei völlig aus. Wie der klassische Rassismus grenze der Ethnopluralismus Menschen anderer Kulturen letztlich aus und liefere die ideologische Begründung für Gewalt gegen diese.<sup>1</sup>

Was die Bundeszentrale hier definiert und mit Carl Schmitt an die finstersten Zeiten der deutschen Geschichte anbindet, wirft angesichts der im Umfeld der Ukraine-Krise medial inszenierten «Russophobie» die Frage auf, ob dieser neue Rassismus, so er denn wirklich neu ist, nicht auch ausserhalb der Neuen Rechten zu konstatieren ist. Wobei zu definieren wäre, was genau unter «Neuer Rechten» zu verstehen ist und ob alle, die sich gegen massive Zuwanderungsbewegung wie etwa jene in Deutschland 2015 verbal wehrten, deswegen schon unter Rassismusverdacht fallen müssen. Dass Rechtsextremismus wiederum eine ganz andere, negativ-gewalttätige «Qualität» hat und schärfstens verurteilt gehört, ist selbstredend. Ob er nun

im Gewand westlicher Neonazis oder ukrainischer Angehöriger des Asow-Regiments daherkommt, ist einerlei.

## «Ideologisch umpolen» und «zivilisatorisch erretten»?

Lässt man sich auf den neuen Begriff des «Ethnopluralismus» ein, bieten einem die Massenmedien mehr Anschauungsmaterial, als einem lieb ist. Abläufe, die die Eingrenzung auf die sogenannte «Neue Rechte» allerdings bei weitem sprengen. Beispiel 1: Die «Neue Zürcher Zeitung» vom 5. Mai öffnet einem Wladislaw L. Inosemzew, der als Direktor des Zentrums für postindustrielle Studien in Moskau vorgestellt wird, ihre Seiten. Der ehemalige Stipendiat der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin, einer 1955 in Zusammenarbeit mit dem Council on Foreign Relations und Chatham House gegründeten transatlantischen Denkfabrik, muss sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht den Tatbestand des Ethnopluralismus erfüllt, wenn er ausführt, der heutige Kampf der Ukraine und Russlands sei «kein Kampf zwischen Europa und Asien, sondern ein Kampf zwischen dem Europa von heute (oder morgen) und dem Europa von gestern». Russland sei durchaus ein Produkt Europas, «aber nicht des realen Europa von heute, sondern eines imaginären Europa der Vergangenheit.» Also Produkt einer vergangenen und damit rückständigen, uns fremden Kultur. Europa sei mit Russland mit den «Abgründen seiner Vergangenheit» konfrontiert. Es sei allerdings fraglich, ob es «ideologisch umgepolte und zivilisatorisch errettet werden könne, «so wie einst Nazideutschland». Russland mit Nazi-Deutschland zu vergleichen, und das um den 9. Mai herum, wo die Russen ihrer 27 Millionen Toten gedenken, die Hitlers Wehrmacht und die SS hinmor-

deten! Und dennoch bedankte sich der russische Präsident auf dem Roten Platz anlässlich der Siegesfeier vom 9. Mai bei den Soldaten der Westmächte, die gemeinsam mit den Russen ihr Leben liessen gegen die Nazi-Barbarei. Eine Barbarei, die der Westen (allzu) lange sehenden Auges hingenommen hatte – Stichwort «Appeasement»-Politik. Und was würde wohl ein wirklicher «Asiate» zu Inosemzews Anwürfen sagen? Zum Beispiel Kishore Mahbubani? Oder Pankraj Mishra?

## Sind Russen keine Europäer? Ist ihnen das Leben nicht wichtig?

Zweites Beispiel: Was ist von den Äusserungen einer Florence Gaub zu halten, einem Nato-angehörigen Mitglied der Future Council on Frontier Risks des World Economic Forums? Erfüllte nicht auch sie den Tatbestand des Ethnopluralismus, wenn sie sich in einer Talk-Runde mit Markus Lanz auf dem deutschen Mainstream-Sender ZDF<sup>2</sup> zur Behauptung verstieg, «dass – auch wenn Russen europäisch aussehen – dass es keine Europäer sind». Die Russen hätten «einen anderen Bezug zur Gewalt [...], einen anderen Bezug zum Tod». Die Russen, also alle, die sich kulturell als Russen sehen – anders als die Ukrainer und übrigen Europäer! Weiter führt sie aus, uralte Vorurteile bedienend: «Russland hat zum Beispiel auch eine relativ niedrige Lebenserwartung. Ich glaube, 70 für Männer. Ähm, das ist halt einfach ... dann geht man halt einfach damit anders um, dass halt Menschen sterben.» Man reibt sich die Augen: Dass Russland in den 1990er Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion «dank» einer westlich orchestrierten neoliberalen «Schock-Strategie» (Naomi Klein) auf das Niveau eines Drittweltlandes abstürzte,

Fortsetzung auf Seite 4

## «Der neue Eiserne Vorhang»

Fortsetzung von Seite 1

Eben in diesem Augenblick stirbt eine bestimmte Art von Nation, und das ist für mich einer der grössten Verluste, die wir derzeit erleben. Finnland war bis jetzt nicht nur vertraglich neutral. Es war eines der wenigen Länder, die auf Grund ihrer Geographie, ihrer Kultur, ihrer gesellschaftlichen Traditionen und dergleichen zwischen Ost und West vermitteln. Das zeigt sich zum Beispiel in der Architektur, im Respekt, den die finnische Kultur der Natur entgegenbringt, im Wert, den sie der Gemeinschaft beimisst – ein Hauch von Asiatik.

Helsinki stand für die Wirksamkeit der Diplomatie. Dort konnten sich West und Ost treffen – wie 1975 bei der Vereinbarung der Schlussakte von Helsinki und 15 Jahre später bei dem Konsultationstreffen zwischen George H. W. Bush und Michail Gorbatschow.

Auch die Ukraine hätte zu einem Brückenstaat zwischen dem Westen und dem Osten werden können – mit ihrem galizischen Westen, der Europa zugeneigt ist, und ihrem russischsprachigen Osten, der sich Russland wegen der gemeinsamen Sprache, Geschichte und Kultur sowie wegen bestehender familiärer Bindungen näher fühlt. Deshalb war das im wesentlichen föderale System, das in den beiden Minsker Abkommen vom September 2014 und Februar 2015 skizziert wurde, weise und human und ein Plan, der die Ukraine zu etwas mehr als einem gescheiterten Staat gemacht und ihr das absolute Chaos erspart hätte, das jetzt dort herrscht.

Schweden konnten wir auch bisher schon nicht als neutral betrachten, obwohl die «New York Times» diese falsche Einordnung täglich wiederholt. Es war allenfalls «Nato-agnostisch». Stockholm sagte der Welt: Wir gehören zum Westen, aber wir beteiligen uns nicht an den imperialen Abenteuern Washingtons. Wir lehnen es ab, uns der Militarisation der transatlantischen Beziehungen zu unterwerfen. Und das zählte. Das ist jetzt alles vorbei. Die Finnen haben mich enttäuscht. Ich dachte, sie verstünden ihren einzigartigen Platz zwischen Ost und West besser, als sie es offen-

«Ein grosser Unterschied zwischen dem Ersten und dem Zweiten Kalten Krieg besteht darin, dass der Nicht-Westen heute stärker ist als damals. Die Staaten, aus denen er sich zusammensetzt, sind technologisch fähig, sie haben ihre eigenen Märkte, ihr eigenes Investitionskapital; ein dichtes Netz gegenseitiger Bindungen entsteht, und zwar in diesem Augenblick.»

bar tun. Die Schweden sind seit Jahren von ihren sozialdemokratischen Grundsätzen nach rechts abgedriftet, aber der Nato-Beitritt wird dennoch die Aufgabe ihrer selbstbewussten Position bedeuten.

Was das übrige Europa angeht, so hat die Ukraine-Krise dazu geführt, dass unsere Hoffnungen enttäuscht wurden. Wir können den Kontinent als unabhängigen Machtfaktor vergessen, eine Erwartung, die ich und andere über viele Jahre hinweg gehegt hatten. Die derzeitige europäische Führungsgeneration wagt es offensichtlich nicht, anders als unter dem Schutz des amerikanischen «Sicherheitschirms» zu handeln.

Hier muss ich zugeben, dass ich Emmanuel Macron völlig falsch eingeschätzt habe. Vor drei Jahren hat er auf dem Gipfeltreffen der G7 in Biarritz noch verkündet, Europas Schicksal sei eng mit dem Russlands verknüpft. Etwas später hat der französische Präsident die Nato sogar für «hirntot» erklärt und dafür plädiert, die Russische Föderation in eine Art Gross-Europa im Westen der eurasischen Landmasse zu integrieren.

Für mich ist Macron jetzt der lauteste «Marktschreier» Europas: viel Getue, schrille Bekenntnisse zu prinzipiellen Positionen, bei Macron sein wiederholtes Beharren darauf,

dass Europa seine «strategische Autonomie» kultivieren müsse, aber keine Ernsthaftigkeit. Was für ein Winkeladvokat, was für ein opportunistischer Wichtigtuer.

Und wie dumm war ich.

## Die Feuerprobe für Europa

Die Ukraine-Krise erweist sich als die Feuerprobe für Europa, und Europa versagt auf ganzer Linie. Alle, nicht nur die Europäer, hätten gewonnen, wenn die Staats- und Regierungschefs des Kontinents den Mumm gehabt hätten, für sich selbst und die Interessen ihrer Bürger einzustehen und entsprechend zu handeln.

Die politischen Cliquen in Washington und in den anderen westlichen Hauptstädten scheinen sich aber darauf verständigt zu haben, die Zügel jetzt straffer anzuziehen. Dies ist der breitere Kontext, in dem wir die Annäherung Finnlands und Schwedens an die Nato sehen sollten. Es ist kein Platz mehr für Neutralität, keine Zeit mehr für einen Spagat zwischen Ost und West.

Meines Erachtens ist dies im Grunde eine verzweifelte Reaktion auf die nicht mehr zu leugnende wichtigste Realität unseres Jahrhunderts: auf das Entstehen einer Parität zwischen dem Westen und dem Osten, der zutreffender als Nicht-Westen bezeichnet werden

«Der Westen will die Welt wieder einmal spalten und baut dafür hohe, dicke Mauern. Wenn wir sie schon nicht weiter unterwerfen können, so die Überlegung der politischen Cliquen, dann sollten wir sie wenigstens isolieren. Es wird interessant – sogar bitter amüsant – sein, zu sehen, wer zuletzt isoliert wird, wenn der Westen wieder einmal darauf besteht, dass sich Ost und West nicht begegnen dürfen.»

sollte (weil er nicht nur aus Russland und China besteht). Wir hören täglich, wie dringend es sei, der Ukraine so schnell wie möglich noch mehr Waffen zu liefern. Und aus Sicht der USA und der Nato ist das tatsächlich dringend. Denn es ist der verzweifelte Versuch, die lange bestehende Überlegenheit des Westens zu verteidigen, obwohl sie überhaupt nicht verteidigt werden kann, weil es diese Überlegenheit nicht mehr gibt.

Ein grosser Unterschied zwischen dem «Ersten und dem Zweiten Kalten Krieg» besteht darin, dass der Nicht-Westen heute stärker ist als damals. Die Staaten, aus denen er sich zusammensetzt, sind technologisch hoch entwickelt, sie haben ihre eigenen Märkte, ihr eigenes Investitionskapital; ein dichtes Netz gegenseitiger Bindungen entsteht, und zwar in diesem Augenblick.

Diese Staaten werden sich, wie die sehr kurze Liste der Unterzeichner des von Washington verhängten Sanktionsregimes zeigt, nicht in den «Zweiten Kalten Krieg» hineinziehen lassen, so wie es eine lange Liste von Entwicklungsländern während des «Ersten Kalten Krieges» getan hat – vor allem Kuba, der Iran und Guatemala, und von dort aus weiter nach Vietnam, Angola, die anderen mittelamerikanischen Staaten, die amerikanischen Satelliten in Ostasien – Japan, Südkorea, die Philippinen, Indonesien.

Mit der Parität kommt die Autonomie, um es anders auszudrücken.

Der Westen will die Welt wieder einmal spalten und baut dafür hohe, dicke Mauern. Wenn wir sie schon nicht weiter unterwerfen können, so die Überlegung der politischen Cliquen, dann sollten wir sie wenigstens isolieren. Es wird interessant – sogar bitter amüsant – sein, zu sehen, wer zuletzt isoliert wird, wenn der Westen wieder einmal darauf besteht, dass sich Ost und West nicht begegnen dürfen. •

<sup>1</sup> Ein von US-Präsident Joe Biden für die Jahre 2020 bis 2021 vorgeschlagenes Billionenpaket zur Finanzierung von Sozial-, Infrastruktur- und Umweltprogrammen, um die in den USA grassierende Inflation zu bekämpfen (Anm. d. Red.).

Quelle: <https://consortiumnews.com/2022/05/16/patrick-lawrence-the-new-iron-curtain/> vom 16.5.2022 (Übersetzung Zeit-Fragen)



# «Europa muss endlich überfällige Konsequenzen ziehen und wesentlich eigenständiger werden»

Interview der Zeitung Iswestija mit Dr. h. c. Hans-Christof von Sponeck

*Iswestija: Sie haben einen offenen Brief unterzeichnet, in dem Sie die Bundesregierung auffordern, keine schweren Waffen nach Kiew zu liefern. Ihrer Meinung nach wird dies nur zu einer weiteren Eskalation der Situation in der Ukraine führen. Kann Deutschland auf solche Weise Konfliktseite werden?*

**Hans-Christof von Sponeck:** Die Entscheidung ist gefallen. Die deutsche Regierung hat mit Unterstützung der Opposition entschieden, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Viele Bürger in Deutschland, zu denen ich zähle, unterstützen diese gewichtige Entscheidung nicht. Ich lebe in einem Land, das mir das Recht der eigenen Meinung zugesteht. Ich bin frei, diese kundzutun, indem ich sage: Mehr Kriegsmaterial bedeutet, dass noch mehr Menschen auf beiden Seiten dieser asymmetrischen Konfrontation ihr Leben verlieren werden. Medien und Teile der Politik versuchen, diese Tatsache in unverantwortlicher Weise zur Seite zu schieben. Diese Aussage hat absolut nichts zu tun mit einer völkerrechtlichen Bewertung der Wirkungen von Russland in der Ukraine. Wer dies in Frage stellt, lenkt ab. Zu meinen, dass Waffenlieferungen Deutschlands nichts mit direkter Teilnahme an der militärischen Auseinandersetzung zu tun haben, unterschätzt Menschen, «die den Mut haben, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen»!

## Olaf Scholz: Dialogbereitschaft und Gesprächskanäle offen halten

*Am 27. Februar hielt Olaf Scholz im Bundestag eine historische Rede, in der er den Beginn der Rüstungslieferungen und eine Erhöhung des Verteidigungsetats ankündigte. Ist dies ein Wendepunkt in der Geschichte des modernen Deutschlands, das sich zuvor auf Friedensmissionen konzentrierte?*

Der deutsche Bundeskanzler hat in seiner Rede vor dem Bundestag am 27. Februar 2022 seine Position und die seiner Koalitionspartner zu dem russischen Waffengang in der Ukraine dargelegt. Dies hätte aus der Sicht der Bürger sehr viel früher geschehen müssen. Was von politischen Gegnern schnell als Entschlusslosigkeit des Kanzlers gebrandmarkt wurde, hängt wohl eher mit der Komplexität der unerwarteten geopolitischen Entwicklungen zusammen, die auf die deutsche Regierung zugekommen sind. Bedachtsamkeit ist wohl der bessere Hinweis auf die Haltung des Bundeskanzlers. Er ist sich sicher voll bewusst, dass im deutschen politischen Establishment Wölfe im Schafspelz durch Deutschland ziehen, die nach Nahrung suchen.

Es gibt keine einhellige Meinung in Deutschland in der Interpretation der Aussage des Kanzlers, dass «von seiner Regierung getan wird, was für die Sicherheit des Friedens in Europa gebraucht wird». Sein Hinweis, dass hierzu gehört, Dialogbereitschaft zu zeigen und Gesprächskanäle mit der Russischen Föderation aufrechtzuhalten, ist eine wertvolle Verpflichtung, die auf verschiedenen Ebenen eingelöst werden muss. Dies zu tun, bedeutet keine Abwertung der Wirkungen von Russland in der Ukraine, sondern eine realpolitische Handlung, die versucht, weiteres Unheil in grösserem Umfeld durch Kontakt und Diplomatie zu verhindern. Dies dient dem Frieden in Europa und erinnert an die eigene deutsche Geschichte. Es ist mir vollkommen klar, dass diese Aussage an manchen Orten entschieden zurückgewiesen werden wird. Das heisst aber nicht, dass sie falsch ist.

## Waffenlieferungen an die Ukraine – ein schweres politisches Erdbeben

*Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand in Deutschland eine starke pazifistische Bewegung. Die wichtigsten Vertreter dieser Bewegung waren die Grünen. Nun setzt sich Annalena Baerbock aktiv für die Lieferung schwerer Waffen ein. Warum konnte Deutschland seine aussenpolitischen Traditionen nicht bewahren?*

Der deutsche Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein weithin pazifistischer

«Mehr Kriegsmaterial bedeutet, dass noch mehr Menschen auf beiden Seiten dieser asymmetrischen Konfrontation ihr Leben verlieren werden. Medien und Teile der Politik versuchen, diese Tatsache in unverantwortlicher Weise zur Seite zu schieben.»

gewesen. Als Volk hatten wir aus der Geschichte gelernt und wollten uns, als Mitglied einer westlichen Wertegemeinschaft, einsetzen für ein geeintes Europa, für Multilateralismus und internationale Zusammenarbeit, besonders mit den Ländern der Entwicklungswelt und für friedliche Lösungen von Krisen im Sinne des Rechts der Uno-Charta. Dies ist im grossen und ganzen auch gelungen. Die jährlichen *Münchener Sicherheitskonferenzen* – ich habe an mehreren als Beobachter teilgenommen – zeigten aber, wie unerbittlich der Druck von Nato-Bündnispartnern Jahr für Jahr gewesen ist, die deutsche Beteiligung an der Aufrüstung der Allianz zu erhöhen. Von manchen wurde Deutschland als Trittbrettfahrer kritisiert. Die Bereitstellung von 100 Milliarden Euro für die Modernisierung der deutschen Bundeswehr und die Erhöhung des Verteidigungsetats für 2022 stellen aber keine Wende der deutschen Aussen- und Sicherheitspolitik dar. Sie sind eher die Antwort auf Jahre der wiederholten internen und auswärtigen Kritik an der Verteidigungsunfähigkeit des deutschen Militärs und der Forderung anderer Nato-Mitgliedsstaaten nach mehr deutschem Beitrag.

Für die deutsche Öffentlichkeit erschien allerdings die Entscheidung der Regierung Scholz im Frühjahr, abweichend von vorausgegangenen Wahlversprechen und Regierungserklärungen, nun doch Waffenlieferungen in die Ukraine zuzustimmen, wie ein schweres politisches Erdbeben. Viele Menschen sind besorgt über ihre Zukunft. Stellungnahmen vom deutschen Verfassungsgericht und vom deutschen Ethikrat über die rechtliche und moralische Zulässigkeit der deutschen Waffenbeteiligung für die Ukraine gibt es bisher keine.

*Wie würden Sie die deutsche Aussenpolitik heute charakterisieren? Wie unabhängig ist sie?*

Es ist zu bemerken, dass die Wiederwahl von Emmanuel Macron als Präsident Frankreichs ein wichtiges Ereignis für die Politik Europas und Deutschlands ist. Auf Grund jahrelanger sicherheitspolitischer Niederlagen westlicher Politik, besonders im Mittleren Osten und in Südasiens, muss Europa endlich überfällige Konsequenzen ziehen und wesentlich eigenständiger werden. Die Regierung von Olaf Scholz hat weiterhin einen Partner in Paris, mit dem die Europäisierung der Aussen- und Sicherheitspolitik ausgebaut werden kann.

## Sanktionsforderungen gegen Russland bleiben ohne globale Mehrheit

*Sie haben einst die Sanktionspolitik gegen den Irak verurteilt. Wie beurteilen Sie im allgemeinen die Ergebnisse des Sanktionsdrucks auf die Russische Föderation? Kann man sagen, dass sie den Normalbürger stärker betreffen?*

Sanktionen und Ablehnung von Kriegsakтивitäten sind zweierlei. Die Uno-Generalversammlung hat sich in einem Mehrheitsbeschluss gegen das russische Vorgehen in der Ukraine ausgesprochen. Die Welt seit 1945 hat viel Krieg gesehen und ist müde. Dem kann ich folgen. Versuche, eine globale Mehrheit zu finden, die Sanktionen gegen Russland unterstützt, sind vollkommen gescheitert. Brasilien, China, Indien, der Iran, Pakistan, Südafrika und viele kleinere Länder, auch im Mittleren Osten, weigern sich, westliche Sanktionsforderungen zu unterstützen. Der Sanktionsdruck auf die Russische Föderation geht nicht von den Vereinten Nationen aus, sondern ist ein Produkt der Regierungen in Washington und Kanada und der EU. Anstelle des Sanktions-Ping-Pongs zwischen den beiden Seiten, das zurzeit *ad ab-*

*surdum* weitergespielt wird, mit ernsthaften Folgen für das Wohlergehen der Menschen, sollten Verhandlungen am Runden Tisch schnellstens eingeleitet werden.

Viel ist über multilaterale Sanktionspolitik geschrieben worden. Die 1990er Jahre waren zu einer wahren Sanktionsdekade geworden. Uno-Generalsekretär Kofi Annan kam schliesslich zu dem Schluss, dass das «stumpfe Instrument» der Uno-Sanktionen zu keinen Konfliktlösungen geführt habe. Immer wieder waren die Falschen, die Bürger, ob in Afghanistan, im Irak, in Syrien, im Iran, Libyen, Sudan, Venezuela oder der Volksrepublik Korea, zu Opfern geworden. Die permanenten Mitglieder des Uno-Sicherheitsrats sind zu keiner Zeit in der Lage gewesen, politische und wirtschaftliche Sanktionen mit wirklichem Schutz für die Bürger durchzuführen. Das Versprechen *Stalins, Roosevelts und Churchills* in Jalta im Jahr 1945, als Team den Weltfrieden zu hüten, war vergessen. Nationalstaatliche Eigeninteressen waren schliesslich wichtiger.

## Irak 1998: Statt humanitäre Hilfe «Regime change» in Bagdad

*Sie traten im Februar 2000 aus Protest gegen die UN-Sanktionen gegen den Irak als Leiter des Oil-for-Food-Programms zurück. Jetzt bereitet sich die EU auf ein Embargo für russisches Öl vor, die EU-Staaten versuchen, Gas aus Russland abzulehnen. Wie sinnvoll ist das Ihrer Meinung nach?*

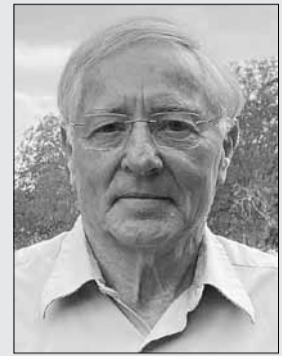
Als Leiter des Öl-für-Nahrungsmittel-Programms (das humanitäre Programm der Uno) habe ich täglich zu spüren bekommen, wie Sanktionen den Irak beeinflussen können. Mit kontinuierlicher Unterstützung der Botschafter Chinas, Frankreichs und Russlands in Bagdad und in New York versuchten wir, den Menschen im Irak mit einem vollkommen und bewusst unterfinanzierten «humanitären» Programm trotzdem zu helfen. Russlands Aussenminister *Sergej Lawrow*, seinerzeit als Botschafter Russlands bei der Uno in New York, wird sich vielleicht an die hilfreichen Gespräche erinnern, die wir bei meinen Besuchen in New York über die verheerenden menschlichen Umstände im Irak geführt haben. Den Regierungen in Washington und London ging es um Massenvernichtungswaffen, die es gar nicht mehr gab. US-Botschafter *John Negroponte* sagte darüber am 7. April 2004 vor einem Ausschuss des US-Senats aus. Das humanitäre Programm war offensichtlich zweitrangig. Wie der US-Kongress im Oktober 1998 durch den sogenannten *Iraq Liberation Act* bestätigte, ging es um «Regime change» in Bagdad.

Ich möchte hinzufügen, dass Sanktionen gegen den Irak oder andere Länder nie dazu geführt haben, dass jemand für die Handlungen verantwortlich gemacht wird, die sie verursacht haben. Es waren diese Umstände, die mich schliesslich überzeugten, dass Rücktritt von meiner Verantwortung in Bagdad die einzige für mich gebliebene Wahl darstellte.

## Beitrag der Uno zur Lösung des Ukraine-Konfliktes

*In einem Ihrer Interviews sagten Sie, der pro-westliche Kurs der Uno habe einst zu mehreren grossen Militäreinsätzen geführt, bei denen es viele Opfer gegeben habe. Wie beurteilen Sie die Arbeit der Uno bei der Lösung des Konflikts in der Ukraine?*

Bei den grossen Krisen der letzten Dekaden, zum Beispiel im Mittleren Osten, im Balkan und Südasiens, hat die politische Uno, der Sicherheitsrat, immer wieder gezeigt, dass er nicht in der Lage gewesen ist, getreu seines Mandats Konfliktlösungen zu ermöglichen. Dies ist ein hartes Urteil, das aber im Detail belegt werden kann.



Hans-Christof von Sponeck (Bild zvg)

Hans-Christof von Sponeck war 32 Jahre bei der Uno tätig. In dieser Zeit arbeitete er unter anderem in New York, Ghana, Pakistan, Botswana, Indien und war Direktor des Europa-Büros des Entwicklungsprogramms der UNDP in Genf. Von 1998 bis 2000 war er als UN-Koordinator und beigeordneter UN-Generalsekretär verantwortlich für das humanitäre Programm «Öl für Lebensmittel» im Irak. Im Februar 2000 trat er aus Protest gegen die Sanktionspolitik gegen den Irak zurück. Hans von Sponeck wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem *Coventry Peace Prize* der Church of England, mit dem *Peacemaker Award* der *Washington Physicians for Social Responsibility* und dem *Bremer Friedenspreis*. Zurzeit arbeitet er gemeinsam mit *Richard Falk* an einem Buch zur Uno-Reform, das 2022 erscheinen wird.

Dass dies auch auf die gegenwärtige Situation in der Ukraine zutrifft, ist offensichtlich. Dem Zögern von Generalsekretär *Guterres*, sich nicht nur rhetorisch für Deeskalation einzusetzen, ist weltweit mit Unverständnis begegnet worden. Erwartet wurde von ihm eine dynamische Pendlardiplomatie mit vollem Einsatz der moralischen Autorität, die ein Uno-Generalsekretär besitzt. Mehr als 300 hochrangige ehemalige Uno-Mitarbeiter haben ihn in einem Aufruf am 18. April aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Kurz danach ist der Generalsekretär nach Moskau und Kiew gereist. Das Resultat: Der Uno wurde erlaubt, zusammen mit dem IKRK, humanitäre Korridore einzurichten, um Menschen zu helfen, Mariupol zu verlassen. Das ist ein Erfolg.

*Guterres* muss verstehen, dass dies hätte alles früher geschehen können. Die Lehre muss sein, solche Bemühungen seinerseits mit beiden Seiten nun ununterbrochen weiterzuführen. Prioritär ist fraglos der Ausbau der humanitären Hilfe für die Ukraine durch die Uno.

## «Es gibt keine Alternative zum Frieden»

*Derzeit gibt es immer mehr Aussagen über die Risiken eines nuklearen Konflikts. Was könnten und können westliche Länder tun, um die Welt nicht in den dritten Weltkrieg zu stürzen?*

Dringend gebraucht wird ein neues europäisches Sicherheitskonzept. Generalsekretär *Guterres*, als Brückenbauer zwischen Konfliktparteien, muss diese Rolle ausnutzen und dem Sicherheitsrat die Dringlichkeit darlegen, noch in diesem Jahr eine internationale Konferenz über die Sicherheit Europas einzuberufen. Es wäre unverantwortlich, die Möglichkeit eines nuklearen Konflikts zu banalisieren.

Und zum Schluss will ich noch etwas hinzufügen. Der 8. Mai ist für Deutschland ein Gedenktag, ein Tag der Befreiung. Der 9. Mai ist für Russland der Tag des Endes des Grossen Vaterländischen Krieges. Als junger Mensch habe ich diesen schlimmen Krieg noch erlebt und nicht vergessen. Ich strecke meine Hand aus zu meinen Altersgenossen in Russland und der Ukraine in der Hoffnung, dass wir gemeinsam den neuen Generationen in unseren Ländern sagen können: Macht es besser, als wir es getan haben. Es gibt keine Alternative zum Frieden. •

Quelle: Deutsches Original des von der russischen Zeitung *Iswestija* am 11.5.2022 in russischer Übersetzung (<https://iz.ru/1331166/mariia-vaseliva/nadosrochno-vyrabotat-novuiu-kontsepttsiu-evropeiskoi-bezopasnosti>) veröffentlichten Interviews.



## «Ethnopluralismus – der neue ...»

Fortsetzung von Seite 2

auch, was die Lebenserwartung betrifft, scheint der ehemaligen Majorin der Französischen Armee nicht erwähnenswert. Die jahrhundertelange Verquickung westeuropäischer und russischer Geistes-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte ebenso wenig. Also der klassische Ansatz des Ethnopluralismus? Oder hört man den Unterton «slawische Untermenschen» heraus? «Asiatische Steppenhorde»? Denen das Leben weniger wert ist als uns? Der Ausdruck «slawischer Untermensch» fiel so nicht, denn schliesslich schob die Dame nach, sie meine es «kulturell», dass die Russen nur europäisch aussähen, es aber nicht seien. Womit sie die Definition der Bundeszentrale für den neuen Rassismus mehr als bestätigt. Zudem erfüllen die Aussagen von Gaub die von der Kriegspropaganda verlangte Dehumanisierung des Gegners.

Dokumente von  
Yad Vaschem mit Füssen getreten

Drittes Beispiel: Auf der Webseite von *Yad Vaschem*, der israelischen Gedenkstätte für die Shoah (Holocaust) und deren massgebliches Referenzzentrum weltweit, finden sich Steckbriefe zu unzähligen Rassisten antisemitischer Ausprägung. Unter anderem findet man da unter dem Stichwort «Stepan Bandera» folgenden Text: «*Bandera, Stepan* (1909–1959), ukrainischer Nationalistenführer. Bandera trat der *Organisation der ukrainischen Nationalisten* (OUN) bei und wurde schnell zu einem Führer der Organisation in der Westukraine, die damals unter polnischer Herrschaft stand. In den frühen 1930er Jahren übernahm Bandera die Kontrolle über die OUN, die zum bewaffneten Aufstand für die Sache der ukrainischen Unabhängigkeit ermutigte. Als der polnische Innenminister 1936 ermordet wurde, wurde Bandera verhaftet und zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Als jedoch die Deutschen im September 1939 in Polen einmarschierten, wurde er [wohl im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes, ts.] von den Sowjets freigelassen und siedelte ins deutsch besetzte Polen über. Auf der nationalen OUN-Konferenz 1940 verursachte Bandera einen Bruch in der Organisation; seine Anhänger, die Mehrheit der Gruppe, wollten einen bewaffneten Aufstand. Vor dem Einmarsch der Deutschen in die Sowjetunion im Juni 1941 half Bandera den Nazis, zwei ukrainische Aufklärungsbataillone in ihrer Armee aufzustellen. Ausser-

dem organisierte er Einheiten, die die deutschen Truppen in die Ukraine begleiteten, um die lokale Regierung und Polizei zu bilden. Bandera und sein Volk betrachteten die Sowjets und die Juden als ihre Hauptfeinde. Nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion erklärten Banderas Vertreter die Errichtung einer unabhängigen ukrainischen Regierung in Lwow am 30. Juni 1941. Die Deutschen waren strikt dagegen, weshalb sie Bandera nach Sachsenhausen deportierten. Er blieb in Kontakt mit seinen Kameraden und wurde schliesslich im September 1944 freigelassen. Er leitete die OUN bis zu seiner Ermordung im Jahr 1959.»<sup>3</sup>

«Militärische und  
sicherheitspolitische Fragen»

Zur militärischen und sicherheitspolitischen Stärkung sei es notwendig, die europäische Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärker zu «zentralisieren und zu bündeln». Hierzu müsste «die nationale Verantwortung» schrittweise auf die «europäische Ebene» übergeben werden.

Aus dem EU-Aussenbeauftragten müsse die «Position einer EU-Aussenministerin mit erweiterten Befugnissen» erwachsen. Ein neu zu

dem organisierte er Einheiten, die die deutschen Truppen in die Ukraine begleiteten, um die lokale Regierung und Polizei zu bilden. Bandera und sein Volk betrachteten die Sowjets und die Juden als ihre Hauptfeinde. Nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion erklärten Banderas Vertreter die Errichtung einer unabhängigen ukrainischen Regierung in Lwow am 30. Juni 1941. Die Deutschen waren strikt dagegen, weshalb sie Bandera nach Sachsenhausen deportierten. Er blieb in Kontakt mit seinen Kameraden und wurde schliesslich im September 1944 freigelassen. Er leitete die OUN bis zu seiner Ermordung im Jahr 1959.»<sup>3</sup>

Dieser Antisemit und Hasser der Sowjetbürger müsste heutzutage eine «persona non grata» sein, alles andere wäre ein Hohn gegenüber den 6 Millionen von den Nazis ermordeten Juden in der Shoah und den 27 Millionen ebenfalls von den Nazis ermordeten Bürgern der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges. Doch weit gefehlt: Da liest man doch in der *NZZ am Sonntag* vom 15. Mai in einem Artikel über den ukrainischen Botschafter in Deutschland, *Andrei*

## «Die Geburt des geopolitischen Europa»

gründender «EU-Aussen- und Sicherheitsrat» – der «explizit nicht auf dem Einstimmigkeitsprinzip bei Entscheidungen» basiere – solle die «Strategie und Ausrichtung» vorgeben.

Es brauche eine «eigenständige europäische Streitkraft», bestehend aus Heer, Luftwaffe und Marine sowie einem integrierten Cyber-Command. Denkbar wäre auch «die Weiterentwicklung der französischen nuklearen Bewaffnung hin zu einem eigenständigen europäischen Atomschirm».

Erforderlich sei auch die Gründung eines «gemeinsamen europäischen Geheimdienstes».

## «Europäisches Wir-Gefühl»

Um ein «europäisches Wir-Gefühl» zu fördern, schlagen die beiden Autoren vor: «Englisch in allen EU-Staaten als zusätzliche Amtssprache» einzuführen: «Formulare in Ämtern oder wichtige Beschilderungen sollten europaweit immer auch in englischer Sprache verfügbar sein.»

Im Medienbereich sei eine europäische Plattform nützlich, die Nachrichten und Inhalte nationaler Sendeanstalten aus allen Teilen der EU on- wie offline in verschiedenen Sprachen zur Verfügung stelle und so «die

Bildung einer europäischen Öffentlichkeit» unterstütze. Diese Medienplattform könne schrittweise zu einem «globalen Nachrichtensender in Anlehnung an BBC oder CNN» ausgebaut werden und damit «weltweite Strahlkraft» entwickeln.

Zur Förderung eines gemeinsamen kulturellen Verständnisses sei auch ein «europaweit verpflichtender europäischer Zivil- oder Wehrdienst für alle jungen Menschen» denkbar, der nicht nur im Heimatland, sondern in allen EU-Mitgliedsstaaten absolviert werden könnte.

## «Die Geburt des geopolitischen Europa»

Das neue Kapitel der Europäischen Einigung, schreiben die beiden Europaaktivisten, die 2018 den *Jean Monnet Prize for European Integration* erhalten haben, könne die EU «zu einer geopolitisch relevanten, verantwortungsbewussten und wehrfähigen Wertesupermacht machen, in deren Familie perspektivisch auch weitere europäische Staaten aufgehen könnten».

Doch braucht es wirklich eine neue «Wertesupermacht»? Und welche Staaten sollen darin aufgehen? Etwa auch die Schweiz? •

politisch Andersdenkende? Sippenhaft nannten das die Nazis, offen rassistisch vorgehend.

Schweizer Modell  
als Rassismus-Prophylaxe

Ob Rassismus biologistisch oder ethnopluralistisch begründet wird, von einer «Neuen Rechten» oder strammen Transatlantikern, die Menschheitsfamilie könnte in ihrer Entwicklung eigentlich weiter sein. Länder, die in ihrer Gesetzgebung Antirassismus-Paragraphen aufweisen, wären gut beraten, den Tatbestand des Ethnopluralismus auch transatlantischer Provenienz aufzunehmen und Volksverhetzer zu belangen, inklusive Medien, die solche Inhalte transportieren.

Aber noch besser wäre es, die Prophylaxe gegen Rassismus jeglicher Couleur auszubauen. Und da sei beispielhaft das Modell der Schweiz mit ihrem föderalistischen Staatsaufbau genannt, welcher ein friedliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Sprachen und Kulturen befördert und gewährleistet – es bräuchte nur den politischen Willen dazu! •

## US-Hetze gegen Russen – fällt sie in Deutschland auf fruchtbaren Boden? Und in Russland?

ts. «Fruchtbar ist der Schoss noch, aus dem das kroch» formulierte der marxistische deutsche Dichter *Bert Brecht* einst seine Warnung vor dem möglichen Wiedererstehen des nationalsozialistischen Geistes im Nachkriegs-Westdeutschland. Die heutige Anti-Russland-Hetze, made in USA und UK, greift offensichtlich nicht nur auf antikommunistische und antisowjetische Reflexe in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Eine allgemeine antislawische Stimmung wurde bereits im imperialistischen deutschen Kaiserreich gepflegt, geprägt vom Alldeutschen Verband. Meister in der Hetze gegen die als Untermenschen und minderrassige Subjekte titulierte Slawen waren die Nationalsozialisten. *Hitler* plante die Errichtung von riesigen KZs hinter dem Ural zur Eliminierung von zig Millionen Russen. 27 Millionen Russen wurden durch die Wehrmacht und die SS denn auch ermordet – eine unvorstellbar grosse Zahl. Zum Vergleich: Die USA verloren gegen die Nazis «nur» 400 000 Mann, kaum Zivilisten, anders als Russland. Stimmen wie die der Nato- und WEF-Frau *Florence Gaub* und eines US-angebundenen *Inosemzew* werden auch in Russland gehört. Was werden solche Aussagen auslösen? Dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 und der anschliessenden planmässig durchgeführten physischen Vernichtung gingen Jahre der Hetze, der Verächtlichmachung und der Entmenschlichung voraus. Wozu dient die Verächtlichmachung heute?

Man ist gut beraten, sich in Erinnerung zu rufen, was die Russen – und auch viele Ukrainer! – durch die SS und die Wehrmacht zu erleiden hatten. Als Quelle diene *Wikipedia*: «Vor dem Angriff auf die Sowjetunion wurden mehrere Befehle herausgegeben, nach denen die Bevölkerung in den eroberten Gebieten völlig rechtlos war, u. a. der «Barbarossa-Erlass» vom 13. Mai 1941, wonach kollektive Vergeltungsmassnahmen gegen die Zivilbevölkerung zulässig waren, und der «Kommissarbefehl», wonach gefangengenommene politische Offiziere der Roten Armee sofort zu erschiessen waren. In Wochenschauen wurden Bilder von Russen gezeigt, die von zeitgenössischen Deutschen als «hässlich, unterentwickelt, ... Gesichter wie Affen, mit Riesennasen, verlumpt, dreckig» empfunden wurden. Die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden in Sammellagern zusammengefasst und oft dem Hungertod preisgegeben, von 5,7 Millionen Gefangenen starben 3,3 Millionen meist durch Hunger oder Krankheit. Die Wehrmacht sollte sich aus dem Land heraus ernähren, der Hungertod der Zivilbevölkerung wurde in der Belagerung Leningrads in Kauf genommen. In der ukrainischen Stadt Charkiw verhungerten deshalb im Winter 1942/43 mehrere hunderttausend Menschen. Der 1941 verabschiedete «Generalplan Ost» sah die Vertreibung von 31 Millionen «Fremdvölkischen» als erste Etappe der Germanisierung Russlands vor. Die slawische Bevölkerung sollte von Bil-

und medizinischer Fürsorge ferngehalten und lediglich mit Schnaps, Tabak und Verhütungsmitteln versorgt werden, um ihre Vermehrung zu verhindern. Wer arbeitsfähig war, wurde oft zur Zwangsarbeit ins «Reich» deportiert. Bei internen Auseinandersetzungen setzten sich im NS-Apparat die Anhänger einer konsequent auf Ausplünderung und Repression setzenden Politik wie *Himmler*, *Göring* und der «Reichskommissar für die Ukraine» *Erich Koch* gegen *Alfred Rosenberg* durch, der nun als Leiter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete das Ziel verfolgte, aus den eroberten Gebieten Satellitenstaaten zu machen. Der nationalsozialistische Terror trieb viele Slawen, die den Einmarsch der Wehrmacht zunächst als Befreiung vom Kommunismus begrüsst, in den kommunistischen oder nationalistischen Partisanenwiderstand.»<sup>1</sup>

Damals hatten die Russen einen ungeheuren Blutzoll zu bezahlen. *Putin* und *Lawrow* haben mehrfach deutlich davor gewarnt, ein viertes Mal, nach *Napoleon*, dem deutschen Kaiser und *Hitler* lasse man sich nicht überfallen. Russland hat heute Atomwaffen. *Putin* hat deren Einsatz bei einer existentiellen Bedrohung angekündigt. Und was tut der Westen? Er treibt die weitere Kriegsführung voran – nicht nur die psychologische, die auch. Wo sind die Friedensstifter, schrieb *Kishore Mahbubani*, Frauen selbstverständlich mit einbeziehend. Ja, wo sind sie?

<sup>1</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Slawenfeindlichkeit>

<sup>1</sup> <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500773/ethnopluralismus/>

<sup>2</sup> Video-Ausschnitt April 2022, Sendung von Markus Lanz, <https://dahemm.de/thomas-roeper-ueber-seine-reise-in-den-donbass/>

<sup>3</sup> [https://www.yadvashem.org/odot\\_pdf/Microsoft%20Word%20-%205935.pdf](https://www.yadvashem.org/odot_pdf/Microsoft%20Word%20-%205935.pdf)

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: [redaktion@zeit-fragen.ch](mailto:redaktion@zeit-fragen.ch)[abo@zeit-fragen.ch](mailto:abo@zeit-fragen.ch)Internet: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.



# Die Rolle der Kultur bei der Förderung von Dialog und Zusammenarbeit in Post-Konflikt-Situationen

Rede bei der internationalen Konferenz «Förderung einer humanitären Agenda für die Zeit nach Konflikten» in Schuscha, Aserbaidschan

von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Köchler



Hans Köchler  
(Bild hanskoechler.com)

Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Dr. h.c. Hans Köchler (\*1948) war von 1990 bis 2008 Vorstand des *Institutes für Philosophie* an der Universität Innsbruck.

Er ist Gründer und Präsident (seit 1972) der *International Progress Organization* (Wien). Seither setzt er sich mit zahlreichen Publikationen, Reisen, Vorträgen und durch sein Mitwirken in verschiedenen internationalen Organisationen für einen Dialog der Kulturen ein und arbeitet in verschiedenen Komitees und Expertengremien mit, die sich mit Fragen zur internationalen Demokratie, zu Menschenrechten und Entwicklung befassen. Hans Köchler ist Mitglied des Universitätsrates der *University of Digital Science* (Berlin). Seit 2018 lehrt er an der *Academy for Cultural Diplomacy* in Berlin. Hans Köchler lebt in Wien.

Kultur verkörpert die «Lebenswelt» einer Gemeinschaft, eines Volkes, einer Nation im wahrsten Sinne des Wortes. Sie umfasst nicht nur die Bereiche der Religion, der klassischen Künste, der Literatur und des Strebens nach wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern auch Volkstraditionen und Sport. Kultur formt und drückt sowohl die gemeinsame als auch die

individuelle *Identität* aus – insbesondere, aber nicht ausschliesslich, in Bezug auf die Sprache. In unserer globalen, vernetzten Welt ist Kultur zu einem Element der *Vielfalt* geworden, welches das doppelte Potential hat, je nach den Umständen zu *trennen* oder zu *vereinen*.

In Zeiten von Kriegen und Konflikten neigen die Gegner dazu, Fragen der kulturellen Identität zur Schaffung von Feindbildern zu instrumentalisieren. In dieser Mentalität wird die Vielfalt als Bedrohung empfunden. Die eigene Kultur wird als überlegen angesehen; sie gilt als Inbegriff der nationalen Identität und wird so im äussersten Fall zum Mittelpunkt chauvinistischer Selbstbehauptung. So lässt sich Kultur im Krieg leicht politisieren; Künstler, Autoren, Musiker oder Sportler werden von internationalen Wettbewerben ausgeschlossen, nur weil sie zufällig von der «falschen» Seite (aus dem falschen Land) kommen. Der Missbrauch der Kultur zu Zwecken der Mobilisierung für den Krieg könnte jedoch nicht weiter von ihrer wahren Natur entfernt sein: In der Vielzahl der «Lebenswelten» mit einer schier unendlichen Vielfalt von Ansätzen ist «Kultur» der Ausdruck dafür, wie die Menschheit im Laufe der Geschichte die Wirklichkeit wahrgenommen, interpretiert oder ästhetisch umgestaltet hat.

In *Situationen nach Konflikten* ist es dieser *universelle* Aspekt der Kultur, der die Menschen in einer gemeinsamen Bemühung zusammenbringen kann. Sei es die Begeisterung für Musik oder Kunst, das Streben nach Wissen oder Perfektion auf einem bestimmten Gebiet oder die «Freude am Spiel»: Kultur überwindet alle Grenzen – ob politische, geographische oder mentale – und ermöglicht es den Menschen, ihre Menschlichkeit zu entdecken. Geteilte kulturelle Interessen können zu einem gemeinsamen Nenner werden, der es den Menschen ermöglicht, Hindernisse zu überwinden, die zuvor als unüberwindbar galten. Ein sehr ermutigendes

Beispiel für die «dialogische Kraft» der Kultur ist das «*Orchester des West-östlichen Divans*» (West-Eastern Divan Orchestra) (das zu gleichen Teilen aus israelischen und arabischen Musikern besteht), das von den Vereinten Nationen als «UN Global Advocate for Cultural Understanding» designiert wurde. Nach dem gestrigen brillanten Auftritt des Baku-Kammerorchesters möchte ich auch das grosse Potential des Pankaukasischen Jugendorchesters hervorheben. Ihm gehören talentierte junge Musiker aus Aserbaidschan, Armenien, der Türkei und Georgien an. Andere, eher alltägliche Beispiele für die dialogische Kraft der Kultur beziehen sich auf die Rolle des Sports, wie im Fall der sogenannten «Ping-Pong-Diplomatie» zwischen den Vereinigten Staaten und China im Jahr 1971, die der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern vorausging.

Ein echtes Interesse an der Kultur – oder «Lebenswelt» – des anderen und die Achtung dieser Kultur sind unabdingbar, wenn es darum geht, das Vertrauen wiederherzustellen und politische Vorurteile zu überwinden, die sich über lange Zeiträume des Konflikts verfestigt haben können. Staat und Zivilgesellschaft sollten die zahlreichen Möglichkeiten nutzen, die sich auf dem Gebiet der Kunst, der Philosophie, der Wissenschaft oder der Volkskultur und des Sports bieten.

Auch Begegnungen zwischen Philosophen können eine positive Wirkung haben. Aus diesem besonderen Anlass möchte ich hier in Schuscha an die frühere Initiative von *Felsefe Dünyası* («Welt der Philosophie») erinnern, einem Ost-West-Forschungszentrum, das in Aserbaidschan mit Unterstützung des damaligen Präsidenten *Heydar Aliyev*, selbst ein Freund der Philosophie, gegründet wurde. Die Philosophie, die die grossen Fragen nach dem Ursprung des Lebens und dem Wesen des Seins stellt, ist in der Tat *universell*; sie hat eine trans-

kulturelle Dimension, wodurch sie die gesamte Menschheit über ethnische, kulturelle und politische Grenzen hinweg anzusprechen und zu einen vermag. Ich erinnere mich an die lebhaften Debatten zwischen Philosophen aus allen Weltgegenden, die von diesem Zentrum in Baku organisiert wurden, und ich hoffe, dass man an dieses Erbe anknüpfen kann – vor allem in einem Post-Konflikt-Szenario wie demjenigen, das wir hier in Schuscha diskutieren, wo muslimische und christliche Gemeinschaften seit Hunderten von Jahren zusammengelebt haben.

In Situationen nach grösseren Konflikten können auch Projekte des interreligiösen Dialogs besondere Bedeutung erlangen. Mit den Worten des verstorbenen Heydar Aliyev – und im «Geist von Schuscha» – kann man zuversichtlich sagen: «Von allen moralischen Reichtümern der Menschheit zeichnet sich die Religion dadurch aus, dass sie die Menschen unabhängig von ihrer [religiösen] Zugehörigkeit immer zu Freundschaft, Solidarität und Einheit aufgerufen hat.»

Zusammengefasst: Ein Gemeinwesen, das die kulturelle Vielfalt schätzt und die kulturelle Identität des «Anderen», selbst des ehemaligen Gegners, respektiert, wird nicht nur an internationalem Ansehen gewinnen, sondern auch in der Lage sein, seine Position in der Gemeinschaft der Nationen nachhaltig zu sichern. Angesichts einer zunehmend fragilen Weltordnung bleibt der *Dialog der Kulturen und Zivilisationen* einer der Eckpfeiler eines nachhaltigen Friedens – im eigenen Land, in der Region und auf weltweiter Ebene.

Quelle: *Internationale Konferenz «Advancing a Post-conflict Humanitarian Agenda» (Förderung einer humanitären Agenda für die Zeit nach Konflikten)* in Schuscha, Karabach-Gebirge, Aserbaidschan. Abschrift der auf der 1. Plenarsitzung am 19. Mai 2022 gehaltenen Rede.

(Übersetzung aus dem Englischen *Zeit-Fragen*)

## Die mitmenschliche und gemeinwohlorientierte kulturelle Substanz Europas wieder zum Tragen bringen

von Karl-Jürgen Müller

Die westliche Behauptung, Russland habe «unprovokiert» die Ukraine angegriffen, lässt sich bei genauerem Hinsehen nicht halten. Vielmehr haben US-Regierung und Nato mit langer Vorplanung diesen «Stellvertreterkrieg» («bis zum letzten Ukrainer») gegen Russland heraufbeschworen. Auch wenn die hiesige Propagandawalze uns ständig das Gegenteil – ein friedliebender Westen gegen ein aggressives Russland – weismachen will.

Bei diesem Stellvertreterkrieg machen auch die meisten europäischen Regierungen mit. Nicht nur diejenigen der europäischen Mitgliedsstaaten von Nato und EU, sondern auch solche zuvor neutralen Staaten wie die Schweiz haben sich – wo sie nicht aus eigener Überzeugung handeln – dem massiven Druck gebeugt.

Noch will keiner der Verantwortlichen öffentlich zugeben, dass diese Politik eine Sackgasse ist. Um so wichtiger wird die Forderung nach einem eigenständigen europäischen Weg – nicht als machtpolitische Variante zur US-Politik, sondern als friedenspolitischer Ausweg auf der Grundlage der mitmenschlichen und gemeinwohlorientierten kulturellen Substanz Europas.

### «Krieg der Zivilisationen»

Guy Mettan hat in seinem Beitrag für *Zeit-Fragen* (Nr. 11 vom 17. Mai 2022) davon gesprochen, der Krieg in der Ukraine habe nicht nur eine regionale Dimension, sondern sei auch ein «Krieg der Zivilisationen». Es sei ein «Krieg des Individualismus und der abstrakten Werte gegen eine traditionellere und humanistischere Vision der menschlichen Gesellschaft», einer «sogenannten progressiven Moral» gegen eine Weltanschauung, «die

mehr darauf bedacht ist, das Erbe des alten griechischen, lateinischen und christlichen Humanismus zu respektieren».

Am 21. Oktober 2021 hatte der russische Präsident *Wladimir Putin* einen grundlegenden Vortrag über die für Russland wichtigen Werte gehalten, der auch in dieser Zeitung veröffentlicht wurde («Die Bedeutung eines soliden, wertebasierten Fundaments. Werte im heutigen Russland und der radikale Wertewandel im Westen», Nr. 24 vom 2. November 2021). Schon bei dieser Rede war aufgefallen, dass der russische Präsident nichts spezifisch Russisches vorgetragen hatte, sondern an Grundlagen und Werte erinnerte, die konstituierend sind für das, was auch als europäische Werteordnung bezeichnet werden kann. *Henry Kissinger* hatte Recht, als er beim diesjährigen *Weltwirtschaftsforum* (WEF) in Davos darauf hinwies, dass Russland 400 Jahre lang Europas Geschicke mitbestimmt habe.

### 2015: «Manifest für Europa»

Vor fast sieben Jahren verabschiedete der Jahreskongress der «Europäischen Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik»» eine Abschlusserklärung (auch veröffentlicht in *Zeit-Fragen* Nr. 24 vom 15. September 2015), in der an die europäische Werteordnung erinnert wurde. Dieses «Manifest für Europa» brachte die grosse Sorge der Kongressteilnehmer über eine immer weitergehende Auslöschung der europäischen Wertesubstanz zum Ausdruck. Schon vor sieben Jahren formulierten sie:

«Seite an Seite mit den USA und in fast sklavischer Gefolgschaft zu ihnen brechen

Regierungen von EU-Staaten und die Nato seit vielen Jahren das Völkerrecht. [...] Der Krieg gegen Jugoslawien 1999 war der Sündenfall. [...] 2004 sowie 2013 und 2014 hat sich mit den USA auch die EU massiv in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und mit dazu beigetragen, dass dort – mitten in Europa – ein Krieg tobt.»

### Europas kulturelles Erbe

Dem stellte der Kongress «Europas kulturelles Erbe» gegenüber und erinnerte daran:

«Die Geschichte Europas ist eine Geschichte des Unrechts und der Gewalt, aber auch eine Geschichte ihrer Überwindung aus eigener moralischer Einsicht und politischer Kraft. Die christlich-humanistische abendländische Tradition hat tragfähige Grundlagen für Rechtsgleichheit, Humanität und Anerkennung der Menschenwürde entwickelt. Immer wenn diese Grundlagen geschichtsmächtig geworden sind, wurde das Zusammenleben der Menschen und Völker friedlicher, gerechter und sicherer.»

Und:

«Europa ist geprägt durch eine reiche Vielfalt von Kulturen und Nationen auf kleinem Raum, von Kreta bis zum Nordkap, von Lissabon bis Jekaterinburg. Menschen in ganz Europa haben in mehr als 2500 Jahren in allen Bereichen vieles hierzu beigetragen. Für das Zusammenleben in Frieden und Freiheit war die Rechtsentwicklung hin zu immer mehr Gerechtigkeit von grundlegender Bedeutung für Europa und die Welt.

Europa hat wesentlich dazu beigetragen, dass heute die Menschenrechte und die

Grundsätze des Völkerrechts in internationalen Verträgen (Charta der Vereinten Nationen, Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) und in nationalen Verfassungen garantiert sind.»

### Treu und Glauben

Die Kongressteilnehmer stellten auch fest:

«Treu und Glauben müssen wieder Grundlage allen menschlichen Zusammenlebens und politischen Handelns sein. Ohne dieses Prinzip gibt es kein Vertrauen in Verträge innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten, und der Willkür ist Tür und Tor geöffnet. Steuerungsmechanismen («Governance») und Manipulationstechniken aller Art, die durch den Missbrauch psychologischer Methoden Menschen ohne vollständige und offene Information beeinflussen wollen, rauben dem Bürger die Möglichkeit der unabhängigen Meinungsbildung. Sie verletzen dadurch die Würde der Person und zerstören die Grundlage des politischen Dialogs und der Rechtsordnung.»

Demgegenüber gelte:

«Menschen sind fähig, mit ihrer Vernunft und ihrem Mitgefühl die notwendigen Grundorientierungen eines sittlichen und politischen Handelns zu erkennen und mitmenschlich zu denken, zu fühlen und zu handeln. Dies ist dem Menschen als Disposition gleichsam ins Herz geschrieben. Von Vernunft und Gewissen geleitet, sind diese Orientierungen dazu bestimmt, die

Fortsetzung auf Seite 6



# Neutralität ist ein kostbares Gut – hüten wir es

## Schweizer Neutralitätsrecht und -politik dürfen nicht im Kriegsetöse versinken

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

In Zeit-Fragen vom 3. und 17. Mai 2022 wurde bereits berichtet, dass der Schweizer Bundesrat die in Jahrhunderten aufgebaute Neutralitätspolitik quasi über Nacht über Bord geworfen und die 1:1-Übernahme der EU-Sanktionen gegen den russischen Staat sowie gegen private Vermögenswerte beschlossen hat. Damit habe der Bundesrat «einen Flurschaden angerichtet», konstatierte Bundesrat Ueli Maurer nach Gesprächen mit Vertretern verschiedener Länder in einem Zeitungsinterview.

Der «Flurschaden» dehnt sich weiter aus. Inzwischen geht es bereits um eine «engere Zusammenarbeit» mit der Nato über die Partnerschaft für den Frieden (PfP) hinaus (gefordert von FDP-Präsident Thierry Burkart, im Einklang mit VBS-Chefin Viola Amherd) sowie um Waffenlieferungen an den Kriegstaat Ukraine.

### Klare Rechtslage

Dass die Schweiz als neutrales Land nicht direkt Waffen an eine Kriegspartei verkaufen darf, haben alle kapiert, jedenfalls im Nato-Ausland. Aktuell haben jedoch Deutschland und Dänemark den Bundesrat angefragt, ob sie in der Schweiz gekauftes Kriegsmaterial an die Ukraine liefern dürfen. Die Rechtslage ist eindeutig: Sie dürfen nicht. Denn erstens verlangt das Neutralitätsrecht, dass die Schweiz Russland im Falle einer Anfrage gleich behandeln müsste wie die Ukraine, und zweitens hat die Schweiz ein strenges *Kriegsmaterialgesetz* (KMG). Es verbietet nicht nur die direkte Ausfuhr von Rüstungsgütern in kriegsführende Länder, sondern die Schweiz verlangt bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial eine Erklärung der betreffenden Regierung, dass dieses nicht wieder ausgeführt wird (KMG Art. 18 Abs.1). Dänemark und Deutschland haben seinerzeit solche Erklärungen unterschrieben. Auf der Grundlage des Schweizer Rechts hat das *Staatssekretariat für Wirtschaft* (Seco) im April das Gesuch Deutschlands, im Mai dasjenige Dänemarks abgelehnt.

### Druck aus dem Nato-Ausland ist das eine ...

Wie die Redaktion des «Tages-Anzeigers» einem «vertraulichen Bundesratspapier» entnahm(!), haben daraufhin in Davos neben Nato-Generalsekretär Stoltenberg eine Reihe von Verteidigungsministern der Vorsteherin des Eidgenössischen Verteidigungsdepartements (VBS), Bundesrätin Viola Amherd, gut zugeredet, dass sie es mit den Schweizer Rechtsvorschriften nicht gar so streng nehmen solle. Sogar die US-Vizeverteidigungsministerin Kathleen H. Hicks gab Frau Amherd die Ehre.<sup>1</sup> Man fragt sich ja zuweilen, warum eine zunehmende Zahl westlicher Staaten Frauen ohne jegliche militärische Erfahrung als Verteidigungsministerinnen einsetzen – vielleicht haben wir hier die Ant-

### Bundesrat Guy Parmelin hält dagegen

Am Vorsteher des Wirtschaftsdepartements, Guy Parmelin, liegt das Neutralitätswidrige Wanken innerhalb des Bundesratskollegiums sicher nicht. Auch in bezug auf die wirtschaftlichen Sanktionen hält er offenbar dagegen. Aktuelles Beispiel: Frage des derzeit sehr umtriebigen Mitte-Präsidenten Gerhard Pfister am 7. Juni im Nationalrat in bezug auf das Unternehmen Eurochem in Zug, an dem ein russischer Bürger beteiligt ist: «Arbeitet der Bundesrat daran, dass die Umgehung von Sanktionen via enge Familienangehörige nicht mehr möglich ist?» Antwort Guy Parmelin: «Das in Zug ansässige Unternehmen Eurochem muss die Schweizer Massnahmen einhalten und hat sich dazu verpflichtet. So ist es ihr untersagt, Herrn Andrey Melnichenko Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, sei es direkt oder indirekt, zum Beispiel über seine Ehefrau.» Par-

melin verwies, wie es sich gehört, auf die Rechtsstaatlichkeit: «In der Schweiz werden die Familienmitglieder einer sanktionierten Person nicht automatisch denselben Massnahmen unterworfen, die gegen ihre Angehörigen gerichtet sind.» Und er machte auf das Eigengoal aufmerksam, das wir Europäer mit den antirussischen Sanktionen schiessen: «Eurochem ist einer der weltweit grössten Hersteller und Vertrieber von Düngemitteln. Dem Unternehmen die Fortsetzung seiner Geschäfte zu verbieten, obwohl diese mit den Schweizer Sanktionen im Einklang stehen, würde die weltweite Nahrungsmittelversorgung weiter untergraben. Dies liegt in keinem Fall im Interesse der Schweiz.» Wenigstens sagt's einmal jemand!

Quelle: «Frage Pfister Gerhard. 22.7352 Krieg in der Ukraine. Umgehungen von Sanktionen». Fragestunde am 7.6.2022 im Nationalrat

wort: Sowohl für Offiziere und Amtschefs im eigenen Land als auch für Nato-Generäle ist es gegenüber einer früheren Advokatin und Verwaltungsrätin der Migros Wallis mit null Diensttagen in der Schweizer Armee vermutlich relativ einfach, ihre Vorstellungen «hinüberzubringen», um es diplomatisch auszu-drücken.

### ... die Willfährigkeit des VBS das andere

Bei Bundesrätin Amherd jedenfalls hatten die Nato-Verehrer Erfolg: Das VBS gab am 3. Juni in eigener Regie grünes Licht für eine andere Anfrage Deutschlands, nämlich die Ausfuhr ehemaliger Schweizer Kampfpanzer, welche die Schweiz «nicht mehr benötigte» (Benötigten wir sie wirklich nicht mehr?) und deshalb vor 11 Jahren an den deutschen Hersteller Rheinmetall zurückverkauft hatte. Die Bewilligung der «Weitergabe von überschüssigem Material aus früheren oder aktuellen Beständen der Armee» falle nicht unter das *Kriegsmaterialgesetz* und liege in der alleinigen Kompetenz des VBS, so das Departement in seiner Medienmitteilung vom 3. Juni 2022. Nun, aus rechtlicher Sicht leuchtet das noch halbwegs ein: Die Schweiz musste wahrscheinlich froh sein, dass Rheinmetall die «überschüssigen» Panzer mit Preisabschlag (auf Kosten der Schweizer Steuerzahler und der Sicherheit der Bevölkerung) zurückgekauft hat, da konnte man nicht noch Bedingungen stellen.

Eine zweite Anfrage der polnischen Regierung, die stillgelegte Panzer der Schweizer Armee kaufen wollte, hat das VBS gleichzeitig abgelehnt, weil einem solchen Handel das Parlament zustimmen müsste und das Prozedere in der Schweiz einige Zeit dauern würde.

Der absolute Hammer ist aber der dritte Entscheid der VBS-Chefin und ihrer Entourage, bei Saab in Schweden bestellte Mehrzweckwaffen des Typs NLAW, die 2022/23 hätten an die Schweiz geliefert werden sollen, Grossbritannien zu überlassen. Dieses will nach der Lieferung ähnlicher Waffen in die Ukraine seine eigenen Bestände aufstocken. Auf Anfrage aus London lässt nun das VBS grosszügig «Grossbritannien den Vortritt», und wir werden bis Ende 2024 auf die uns rechtmässig zustehenden Lieferungen warten. Wofür derartige Waffen von den Ukrainern im Donbass gebraucht werden, beschreibt das VBS anschaulich: Sie «dienen dazu, gegnerische Panzer, Schützenpanzer und weitere Fahrzeuge auf mittlere und grössere Distanzen zu bekämpfen sowie Breschen in befestigte gegnerische Stellungen oder in Häuser zu schiessen, um das Eindringen der eigenen Truppen zu ermöglichen».<sup>2</sup>

Solche Abläufe in der – von Rechts wegen neutralen! – Schweiz müssen jeden menschlich fühlenden Zeitgenossen zutiefst abstoßen und alarmieren: Die unsägliche Geschäftemacherei in der westlichen «Werte-Welt», ein Herumschieben von tödlichen Waffen mit höchsten Gewinnaussichten – wie auf einem Monopoly-Brett –, das buchstäblich über Leichen geht, über Zehntausende von Leichen! Und hier soll die Schweiz sich einreihen und mitmachen?

### Nicht alle Bundesräte geraten ins Wanken

Das *Staatssekretariat für Wirtschaft* (Seco), welches die zu Beginn erwähnten Anfragen Deutschlands und Dänemarks abgelehnt hat, gehört zum *Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung*

(WBF), das von Bundesrat Guy Parmelin geleitet wird. Er liess sich weder vom Anbieder seiner Ratskollegin bei den Meinungsmachern am WEF, noch vom Beharren der deutschen und der dänischen Regierung auf einer Bewilligung für die Wiederausfuhr von Panzer-Munition beziehungsweise Radschützenpanzern aus der Fassung bringen, sondern holte sich die Unterstützung seiner Kollegen im Bundesrat. O-Ton Vizekanzler Robert Habeck an die Adresse des Bundesrates am WEF: Auch Deutschland habe vor dem russischen Angriff auf die Ukraine Waffenexporte an kriegsführende Länder ausgeschlossen. Er und seine Partei, die Grünen, hätten nun ihre Meinung geändert: «Wir müssen unsere eigene Haltung an der Wirklichkeit messen», so Habeck.<sup>3</sup> Tatsächlich messen die Parteikader der deutschen Grünen ihre Haltung insofern «an der Wirklichkeit», als sie sie immer mal wieder dem Mainstream anpassen.

Am 3. Juni hat nun der Gesamtbundesrat die Entscheide des Seco trotz aller Druckversuche mit deutlichen Worten bestätigt: «Gemäss *Kriegsmaterialgesetz* sind Kriegsmaterialexporte abzulehnen, wenn das Bestimmungsland in einen internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist. Russland und die Ukraine befinden sich in einem solchen Konflikt. Da Ausfuhren aus der Schweiz in die Ukraine auf Grund des Neutralitätsrechtlichen Gleichbehandlungsgebots und des *Kriegsmaterialgesetzes* nicht bewilligt werden können, ist auch eine Zustimmung zu einer Weitergabe von Schweizer Kriegsmaterial durch Deutschland und Dänemark an die Ukraine nicht möglich.»<sup>4</sup> Im selben Entscheid hat der Bundesrat allerdings die Gesuche von zwei Schweizer Unternehmen bewilligt, die Einzelteile und Baugruppen an Rüstungsunternehmen in Deutschland und Italien liefern wollen. Dies sei gemäss bundesrätlicher Praxis bis zu einem bestimmten Anteil am Endprodukt möglich. Also doch ein bisschen Kompromisspolitik ...

### Eigene Mannschaft gegen die Schweiz: Versuche Demontage des Staatssystems von innen

Es schläckt's kei Geiss weg: Mit den Annassungen einer Kathleen H. Hicks aus den USA oder eines Robert Habeck aus unserem nördlichen Nachbarland kann der Kleinstaat Schweiz besser fertig werden, wenn sich unsere eigene Mannschaft daran erinnert, dass wir ein einzigartiges Gegenmodell zu verteidigen haben. Leider kommen die Schweizer Mainstreammedien und einige Spitzenpolitiker dieser Aufgabe in keiner Weise nach. Die gute Nachricht: Es gibt auch Politiker, die auf der Einhaltung des Neutralitätsgebots und des Rechts beharren.

### Einige Exempel der Demontage-Clique

- Ständerat Thierry Burkart, Präsident der Freisinnig-demokratischen Partei, will ins *Kriegsmaterialgesetz* (KMG) schreiben, dass die Wiederausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial durch «demokratische Rechtsstaaten» zulässig sein soll. Derselbe Politiker fordert auch eine «engere Zusammenarbeit mit der Nato». Das passt gut zusammen: Mit «demokratischen Rechtsstaaten» meint Burkart nämlich die EU/Nato-Staaten, die dann Schweizer Waffen in alle Kriege der USA und ihrer Trabanten weiterliefern könnten.
- *Tamedia*-Chefredaktor Arthur Rutishauser: Der Deal der Schweiz mit Grossbritannien und der Firma Saab lässt sich seiner Meinung nach «kaum mit dem vereinbaren, was man gemeinhin unter Neutralität versteht.» Da hat er recht – aber statt dass er auf die Einhaltung des Neutralitätsgebots pocht, weist er auf die Erwartung der «befreundeten Nationen» hin, dass sich die Schweiz «zumindest in Teilen mit Europa solidarisch erklärt». Deshalb sympathisiert Rutishauser mit der von Burkart angestrebten Änderung des KMG, obwohl er zugibt: «Natürlich bestünde bei solch einer Regelung die Gefahr, dass das

### «Die mitmenschliche und ...»

Fortsetzung von Seite 5

*Gesamtheit der sittlichen, rechtlichen und politischen Festlegungen, die das Leben des Menschen und der Gesellschaft leiten, grundzulegen. Sie garantieren die Würde der menschlichen Person angesichts vorübergehender Ideologien.»*

### Wichtige Stimmen für ein eigenständiges Europa

Von all dem hat sich das Europa der Nato und der EU in den vergangenen sieben Jahren noch weiter entfernt. Es ist deshalb sehr wichtig, dass immer wieder Bücher erscheinen, die einen eigenen europäischen Weg fordern, eigenständig und unabhängig von der bisherigen US-amerikanischen Hegemonie und deren Vorgaben für Europa. An dieser Stelle sei lediglich auf drei sehr lesenswerte deutschsprachige Veröffentlichungen verwiesen: «Ami go home! Eine Neuvermessung der Welt» von Stefan Baron aus dem Jahr 2021, «Die scheinheilige Supermacht. Warum wir aus dem Schatten der USA heraustreten müssen» von Michael Lü-

ders aus dem Jahr 2021 und «Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche» von Klaus von Dohnanyi aus dem Jahr 2022.

Selbst in den derzeit fast gleichgeschalteten Mainstream-Medien findet der Leser ab und zu wertvolle Ausnahmen. So den Artikel «In der Ukraine sollte die EU nicht den USA folgen, sondern nach Frieden streben» in der «Berliner Zeitung» vom 28. Mai 2022. Verfasser ist Michael von der Schulenburg, ein ehemaliger ranghoher deutscher Diplomat bei der OSZE und den Vereinten Nationen.

### Auf die EU zu hoffen wäre eine Illusion

Der Weg hin zu einem eigenständigen Europa, einem Europa, das sich auf seine geschichtlichen Wurzeln, auf seine mitmenschlich orientierte kulturelle und staatspolitische Substanz besinnt und so zum Frieden in Europa beiträgt, wird nicht einfach sein. Zu dieser Substanz gehören sicherlich Christentum, Humanismus und Aufklärung. Kultur heisst aber immer auch Kulturentwicklung.

Europa hat auch immer dann Fortschritte gemacht, wenn es seine Türen für andere Kulturkreise und deren Errungenschaften zum Wohl der Menschen geöffnet hat. Der Austausch, der Dialog der Kulturen ist unverzichtbar.

Unrealistisch wäre eine solche «Renaissance» sehr wahrscheinlich, wollte man dabei auf die Strukturen der heutigen Europäischen Union setzen. Diese Strukturen und dieses Gebilde sind eben auch ein Kunstprodukt mit starken US-amerikanischen Einflüssen, viel stärker noch als in den verschiedenen europäischen Nationalstaaten, die noch Restbestände ihrer geschichtlichen und kulturellen Identität besitzen. Der EU fehlt es an freiheitlicher und demokratischer, an geschichtlicher und humaner Substanz. Eine Metamorphose hin zu einem angemessenen Instrument europäischer Eigenständigkeit ist wohl eine Illusion.

Um so wichtiger sind die Bürgerinnen und Bürger aller europäischen Länder. Auf sie wird es ankommen, wenn es darum geht, die Substanz Europas wieder zum Tragen zu bringen. ●



# Immerwährende Neutralität gilt gerade auch in schwierigen Zeiten: Die Österreicher machen es vor

mw. Am 15. Mai 1955 wurde Österreich mit dem «Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich» ein souveräner Staat. Am 26. Oktober 1955 beschloss der Nationalrat das «Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs» (Neutralitätsgesetz) und unterstellte das Land damit dem *Haager Abkommen* von 1907 (Recht auf Unverletzlichkeit des Territoriums; Pflicht, im Falle eines Krieges keine Partei zu unterstützen, keine Waffen zu liefern oder zu finanzieren).<sup>1</sup> Österreich stimmt der immerwährenden Neutralität nach dem Vorbild der Schweiz aber nicht nur deshalb zu, weil die Alliierten es verlangten. Vielmehr stand die Bevölkerung damals und steht bis heute hinter dem Neutralitätsprinzip. Das belegt die hohe Zustimmung der Bevölkerung und der Politiker zur Neutralität quer durch die Parteienlandschaft.

Anders als die Schweiz ist Österreich seit 1995 EU-Mitglied und kann sich deshalb bei wirtschaftlichen Sanktionen der Union nicht ausklinken. Mit dem EU-Beitritt hat sich Österreich zudem bereiterklärt, an der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik mitzuwirken. Aber im Ukrainekrieg hält sich Österreich an das Neutralitätsrecht und liefert kein Kriegsmaterial, ebenso wie das neutrale Irland.

## Nur 14 Prozent der österreichischen Bevölkerung sind für einen Nato-Beitritt!

Während Schweden und Finnland den Beitritt zur Nato ins Auge fassen, bleiben die Österreicherinnen und Österreicher unbeirrt bei ihrer Neutralität: In einer anfangs Mai durchgeführten Umfrage<sup>2</sup> sprachen sich lediglich 14 Prozent der Befragten für einen Nato-Beitritt aus, 75 Prozent lehnten ihn explizit ab. In einer anderen, im März 2022 durchgeführte Umfrage zur Wichtigkeit der Neutralität «gaben insgesamt 91 Prozent der Befragten an, dass ihnen auch vor dem Hintergrund des Russland-Ukraine-Krieges die Neutralität Österreichs wichtig sei. Nur [...] 6 Prozent hingegen war sie nicht wichtig».<sup>3</sup>

Mehr Kooperation der EU-Mitgliedsstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik befürworten 83 Prozent der Befragten, aber nur 37 Prozent wollen Österreichs Beteiligung an einem EU-Verteidigungsbündnis.<sup>4</sup>

Aus diesen Umfrageergebnissen kann man schliessen, dass die Mehrheit der Bevölkerung eher die Stärkung einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik ausserhalb der Nato unterstützen will, mit der Bereitschaft zur Kooperation, aber nicht zur Ein-



Unterzeichnung des Staatsvertrags durch die Aussenminister der USA, Frankreich, Grossbritannien, der Sowjetunion und Österreich am 15. Mai 1955. (Bild keystone)

bindung in eine EU-Armee. Damit kann die Neutralität, so gut es innerhalb der EU möglich ist, bewahrt werden.

## Vergleich mit der Schweizer Bevölkerung

Gemäss einer Umfrage von *sotomo* im *SonntagsBlick* antworteten im April 35 Prozent der Befragten auf die Frage: «Soll die Schweiz enger mit dem Nato-Verteidigungsbündnis zusammenarbeiten?» mit Ja, 21 Prozent mit eher Ja. «Enger zusammenarbeiten» ist allerdings eine sehr unklare Formulierung. Vom Nato-Beitritt war wohlweislich nicht die Rede – offenbar wollte der «Blick» das zu erwartende wuchtige Nein vermeiden. Bei der Frage: «Soll die Schweiz Waffen an die Ukraine liefern?» zeigten die Schweizer jedenfalls klar, dass sie bei der Neutralität bleiben wollen: 56 Prozent antworteten mit Nein, 10 Prozent mit eher Nein, das ergibt eine Zweidrittel-Mehrheit.<sup>5</sup>

## Politiker beziehen Stellung: «Österreichs Neutralität ist Teil unserer nationalen Identität»

Während sich die Schweizer Bundesräte und Parlamentarier in Bezug auf die künftige Ausrichtung der eigenen Sicherheitspolitik beklagenswert uneinig sind, sprechen sich die österreichischen Spitzenpolitiker quer durch die Parteienlandschaft deutlich für die Beibehaltung der Neutralität aus.

Nachdem Finnland und Schweden ihren Nato-Beitritt beantragt hatten, kam auch in Österreich die Frage aufs Tapet, ob die Neutralität heute noch das beste Sicherheitsinstrument für Österreich sei.

[Deutschland] Lieferung in [Ukraine] zu erlauben, wenn im Landesinteresse. (Art 1 Abs 2 Embargo Gesetz). Letzteres scheint mir hier gegeben, wenn [Schweiz] einer europäischen Demokratie hilft sich zu verteidigen. BR ist verantwortlich für diese unterlassene Hilfe an [Ukraine].» (<https://twitter.com/gerhardpfister/>)

## Gegenwehr neutralitätsbewahrender und pazifistischer Schweizer Kräfte

Das «Bundesgesetz über das Kriegsmaterial» wurde erst vor wenigen Monaten, am 1. Oktober 2021, als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» revidiert beziehungsweise verschärft. Der Bundesrat hatte in den Entwurf eine Klausel gesetzt, mit der er sich selbst die Kompetenz geben wollte, «bei ausserordentlichen Umständen zur Wahrung der aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen des Landes von den Bewilligungskriterien abzuweichen.» Diese Klausel strich der Ständerat, nicht nur mit den Stimmen der SP und der Grünen, sondern komischerweise auch mit der grossen Mehrheit der Mitte-Partei als Zünglein an der Waage. Der Nationalrat, der sich zuerst an die Ausnahmeregelung klammern wollte, gab schliesslich nach, um den Rückzug der Volksinitiative zu ermöglichen. Resultat: Die Ausnahmekompetenz, die Gerhard Pfister dem Bundesrat heute verleihen möchte, wurde am 1. Oktober 2021 von beiden Räten abgelehnt, das heisst das verschärfte Kriegsmaterialgesetz wurde angenommen. Im Nationalrat übrigens mit 27 von 30 Mit-

– Bundeskanzler *Karl Nehammer* (ÖVP): «Österreich war neutral, ist neutral und bleibt neutral.» Zum Nato-Beitritt: «Für Österreich stellt sich diese Frage so nicht, wir haben auch eine andere Geschichte als Schweden und Finnland.» ([www.heute.at](http://www.heute.at) vom 17.5.2022)

– Aussenminister *Alexander Schallenberg* (ÖVP): «Österreichs militärische Neutralität ist in unserer Verfassung verankert. Seit der Wiedererlangung der Souveränität nach dem Krieg ist sie Teil unserer nationalen Identität. Wien wird immer eine Hauptstadt des Dialogs sein.» Schallenberg fügte hinzu: «Wir beteiligen uns an der europäischen Sicherheitspolitik, aber ein Nato-Beitritt steht nicht zur Diskussion, und die österreichische Bevölkerung unterstützt die Neutralität nachdrücklich. In einer Welt, in der die Konflikte auf wirtschaftlicher, militärischer und intellektueller Ebene offener geworden sind, kann Neutralität wieder ein Wert sein.»<sup>6</sup>

– Umweltministerin *Leonore Gewessler* und andere Politiker der Grünen lehnen einen Nato-Beitritt Österreichs ebenfalls ab: Österreich sei ein neutrales Land und lebe diese Neutralität aktiv, so Gewessler. Einige grüne Politiker fügten hinzu, dass sich «Österreich auf anderen Gebieten mehr engagieren solle, um nicht als sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer der Nato angesehen zu werden».<sup>7</sup>

Anmerkung: In der Schweiz ist der «Trittbrettfahrer» ebenfalls ein Lieblingswort mancher Sicherheitspolitiker. Als

ob die aktive aussenpolitische Rolle, die Österreich und die Schweiz einnehmen – und gerade heute noch viel mehr einnehmen könnten – eine geringere Bedeutung für das friedliche Zusammenleben der Völker hätte als gemeinsame Schiessübungen!

– In diesem Sinne auch FPÖ-Bundesparteiboss *Herbert Kickl*: «Als neutraler Staat konnte Österreich in den letzten Jahrzehnten in vielen Konflikten als Vermittler auftreten oder war Schauplatz für Verhandlungen.» Kickl erinnert an die rechtliche Verpflichtung Österreichs zur Neutralität: «Der Beitritt zu einem Militärbündnis ist schon durch die Österreichische Bundesverfassung nicht möglich – und das ist gut so.»<sup>8</sup>

– *Pamela Rendi-Wagner*, SPÖ-Vorsitzende: «Unsere aktive Neutralitätspolitik mit einem starken internationalen Friedensengagement hat sich bewährt. Die Neutralität steht für uns nicht zur Diskussion.» Rendi-Wagner sprach sich anlässlich ihres Besuchs beim deutschen Bundeskanzler *Olaf Scholz* Mitte Mai für verstärkte Anstrengungen im Sinne einer Deeskalation im Ukraine-Krieg aus: «So schwierig die Situation auch ist, Europa darf nichts unversucht lassen, die Ukraine und Russland an den Verhandlungstisch zu bringen und diplomatische Lösungen zu finden.» Die Frage, wie dieser Krieg beendet werden kann, müsse wieder ins Zentrum gerückt werden, so Rendi-Wagner.<sup>9</sup>

<sup>1</sup> Republik Österreich, Parlament. «Was macht die österreichische Neutralität aus?» Fachinfos vom 21. März 2022

<sup>2</sup> Die Umfrage wurde vom Institut für Demoskopie & Datenanalyse (IFDD) im Auftrag der Austria Presse Agentur APA durchgeführt.

<sup>3</sup> Mohr, Martin. «Wichtigkeit der Neutralität in Österreich 2022». In: *statista* vom 14.3.2022

<sup>4</sup> «Ukraine-Krieg: Österreicherinnen und Österreicher laut Umfrage gegen Nato-Beitritt». *Der Standard* vom 6.5.2022 (APA)

<sup>5</sup> Rafi, Reza. «So denkt die Schweiz über Krieg und Neutralität. Das Volk will aufrüsten». *SonntagsBlick* vom 17.4.2022

<sup>6</sup> «Schallenberg bestätigt erneut Österreichs Neutralität». *News ORF* vom 21.5.2022

<sup>7</sup> «Neutralität - Frage eines NATO-Beitritts stellt sich für die Grünen nicht.» In: *Wiener Zeitung Online* vom 18.05.2022 (apa)

<sup>8</sup> «Es braucht auch keine Modifizierung der Neutralität». *Neue Freie Zeitung* vom 14. März 2022

<sup>9</sup> «Rendi-Wagner bei Scholz: Diplomatie im Ukraine-Krieg alternativlos». SPÖ vom 18.5.2022 ([www.spoe.at/2022/05/18/](http://www.spoe.at/2022/05/18/))

## «Neutralität ist ein kostbares Gut ...»

Fortsetzung von Seite 6

Schweizer Waffenausfuhrgesetz umgangen würde, doch immerhin würde dies nicht von der Schweiz aktiv gesteuert, wie im Fall der [von Saab bestellten] Panzerabwehrwaffen.»<sup>5</sup> Da fehlen der Leserin die Worte!

– *Tiana Moser*, Fraktionschefin der Grünliberalen, verlangt vom Bundesrat einen Kurswechsel, denn schliesslich gehe es nicht um direkte Waffenexporte, sondern um Waffen, die die Schweiz bereits an «befreundete Demokratien» verkauft habe: «Diese Waffen würden weitergegeben an ein Land, das sich gegen einen Aggressor verteidigt.»<sup>6</sup>

Besonders eifrig nagen einige Politiker der «Mitte-Partei», der auch Bundesrätin *Viola Amherd* angehört, am neutralen und direkt-demokratischen Schweizer Modell – in der Hoffnung, damit einige Wählerprozentage zu gewinnen?

– *Mitte-Ständerat Pirmin Bischof*, Präsident der aussenpolitischen Kommission des Ständerates: «Der Bundesrat soll jetzt aktiv werden und seine Praxis korrigieren.» (*SRF News* vom 1.6.2022)

## Ohne Rechtsgrundlage? Nein, mittels Notrecht!

– So *Mitte-Partei*-Präsident *Gerhard Pfister*: Er bezeichnete das Blockieren von Waffenlieferungen als «unanständig» und twitterte bereits am 24. April: «BR [Bundesrat] hat meines Erachtens Kompetenz,

Stimmen, inklusive der Stimme von Pfister selbst.<sup>7</sup>

Wenn auch das Gedächtnis einiger *Mitte*-Politiker offenbar sehr kurz ist, so besteht doch noch Hoffnung. Denn *Pfisters* Fraktion «folgt ihrem Chef nicht bedingungslos», so die «*Neue Zürcher Zeitung*» vom 3. Juni. Auch sind die Schweizer Grünen offenbar aus anderem Holz geschnitzt als ihre deutschen Kollegen: Neben der SVP, die seit jeher für die Einhaltung der Neutralität einsteht, warnt auch der Präsident der Grünen Partei, *Balthasar Glättli*, vor einem Richtungswechsel in Bezug auf die Waffenausfuhr: «Die bisherige Praxis ist breit abgestützt. Der Bundesrat darf sich davon nicht einfach hinter den Kulissen verabschieden, ohne das Parlament zu fragen.»<sup>8</sup> Und die Zürcher SP-Nationalrätin *Min Li Marti* hielt am 27. April fest, die Lieferung von Kriegsmaterial an kriegsführende Länder «verstoße gegen das Kriegsmaterialgesetz und das Neutralitätsrecht». Wenn man angesichts des Ukraine-Krieges die Schweizer Neutralität in Frage stellen wolle, «dann müsste man dies grundsätzlich diskutieren, das geht nicht über Ausnahmebestimmungen, sondern das betrifft den Kern der Neutralität».<sup>9</sup>

Hier schliesst sich der Kreis, denn das entspricht sinngemäss der Aussage von SVP-Nationalrat *Franz Grütter* im Interview mit *Zeit-Fragen*: «Die Neutralitätsfrage geht so tief in die DNA unseres Landes, dass wir die Diskussion führen müssen – wir müssen sie führen! Es ist so viel geschehen, mit den Sanktionen, die ergriffen wurden, mit den Bestrebungen, uns in die Nato zu begeben oder uns ihr anzunähern, mit der Mitgliedschaft im Uno-Si-

cherheitsrat. Ich glaube aber, diese Diskussion müssen wir dann führen, wenn der Staub sich ein wenig gelegt hat, wenn wir ein klein wenig aus einer gewissen Distanz über diese Themen sprechen können.»<sup>10</sup>

<sup>1</sup> Gafner, Beni; Knellwolf, Thomas. «Geheimpapier zu Kriegsmaterial-Export. Nach Druck aus dem Ausland ermöglicht der Bundesrat Waffenlieferungen». *Tages-Anzeiger* vom 3.6.2022

<sup>2</sup> «Entscheide zu Material aus früheren und aktuellen Beständen der Armee». Medienmitteilung des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport vom 3.6.2022

<sup>3</sup> Meier, Dominik. «Waffen für die Ukraine. Schweiz blockiert Panzer für Ukraine». *SRF News* vom 1.6.2022

<sup>4</sup> «Ukraine: Bundesrat hat verschiedene Kriegsmaterial-Geschäfte beurteilt». Medienmitteilung des Bundesrates vom 3.6.2022

<sup>5</sup> Rutishauser, Arthur. «Leitartikel zum Ukraine-Krieg. Die Schweiz muss ihre Haltung zu Waffenlieferungen ändern». *Sonntagszeitung* vom 5.6.2022

<sup>6</sup> Meier, Dominik. «Waffen für die Ukraine. Schweiz blockiert Panzer für Ukraine». *SRF News* vom 1.6.2022

<sup>7</sup> <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=54661>

<sup>8</sup> Meier, Dominik. «Waffen für die Ukraine. Schweiz blockiert Panzer für Ukraine». *SRF News* vom 1.6.2022

<sup>9</sup> Pereiro, Miguel. «Ukraine Krieg: Breite Allianz gegen Schweizer Waffenlieferungen». *Nau.ch* vom 27.4.2022

<sup>10</sup> «Besinnen wir uns zurück auf die Bedeutung der Neutralität. Gespräch mit Nationalrat Franz Grütter, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates». *Zeit-Fragen* vom 17. Mai 2022

# Leben unter Druck – Der schwierige Alltag in Syrien

von Karin Leukefeld, Damaskus/Yabroud

In einer Filiale der staatlichen syrischen Handelsbank in Qasaa, einem Stadtteil von Damaskus, herrscht dichtes Gedränge. Hinter den hohen Schalterischen sitzen die Bankangestellten vor ihren Computern, tippen Namen und Zahlen in Formulare, um die Kunden dann weiter zur nächsten Stelle zu schicken. Manche Kunden warten geduldig, andere drängen sich wenig rücksichtsvoll nach vorne. Manche laufen suchend mit ihren Formularen von einem Schalter zum nächsten, bis sich einer der Angestellten ihrer annimmt und sie zum richtigen Schalter begleitet.

In der Handelsbank werden Gebühren für Strom oder Wasser, Steuern oder die Versicherung für das Auto einbezahlt. Aber auch Pensionen werden abgeholt oder Sonderzahlungen an Familien von Gefallenen oder Verletzten ausbezahlt.

Die Autorin muss an diesem Tag die Gebühren für ihre jährlich neu zu beantragende Aufenthaltserlaubnis begleichen. Als die Bankangestellte den deutschen Pass in der Hand hält, schaut sie ungläubig auf: «Was machen Sie denn hier», fragt sie. «Warum kommen Sie aus Deutschland nach Syrien, wo wir Syrer doch alle nach Deutschland wollen?!» Die Umstehenden lachen und blicken kurz herüber, um sich dann wieder ihren eigenen Geschäften zuzuwenden.

Eine Frau mittleren Alters, das Kopftuch eng umgebunden, erzählt leise, dass sie die Pension für ihren Vater abhole. Sie komme alle zwei Monate, für ihren Vater sei der Weg zu mühsam geworden. In den Kriegsjahren sei die Pension einige Male an die Inflation angepasst worden. Heute bekomme ihr Vater 8000 Syrische Pfund im Monat, fast doppelt so viel wie vor dem Krieg. Seine monatliche Pension damals entsprach etwa 80 US-Dollar, heute ist dieses Geld nicht mehr als 3 US-Dollar wert. Alle zwei Monate hole sie nun 16000 Syrische Pfund ab, sagt die Frau mit gesenkter Stimme: «Das reicht gerade für eine Mahlzeit.»

## Verschuldet und zerstört

Seit Beginn des Krieges in Syrien 2011 hat sich die damals sehr stabile wirtschaftliche Situation kontinuierlich verschlechtert. 2011 war das Land schuldenfrei. Die Folgen des Krieges und anhaltende Sanktionen von EU und USA tragen zur Auflösung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur in der syrischen Gesellschaft bei. Zeichen dafür ist das Verschwinden einer stabilisierenden Mittelschicht, Schwarzmarkthandel und Korruption nehmen zu.

Ende 2021 galten rund 12 Millionen Menschen, 55 Prozent der syrischen Vorkriegs-Gesellschaft, nach Angaben des *Welternährungsprogramms* WFP als arm und waren auf Lebensmittelhilfen angewiesen. Ressourcen wie Öl, Gas oder Baumwolle – die in Syrien vorhanden sind – können nicht vom ganzen Land genutzt werden und müssen auf dem internationalen Markt eingekauft werden.

Zahlreiche syrische staatliche Einrichtungen, darunter auch die Zentralbank, sind vom internationalen Geldmarkt wegen westlicher Sanktionen ausgeschlossen. Syrien ist verschuldet und verfügt kaum über ausländische Devisen. Die Landeswährung Syrische Lira (SYP) hat an Wert verloren. Im Jahr 2011 lag der Umtauschkurs Syrische Lira zum US-Dollar bei 1 US-Dollar = 50 SYP. Heute liegt der inoffizielle Umtauschkurs bei 1 US-Dollar = 3800 SYP. Offiziell beträgt der Kurs 1 US-Dollar = 2000 SYP.

## Al Souk al Adiq – Der Alte Markt

In den Tagen des Fastenmonats Ramadan füllen sich die Märkte erst am Nachmittag. Dann strömen die Menschen an den vielen Ständen mit Obst und Gemüse, Käse, Fisch und Süßigkeiten vorbei, um aus dem grossen Angebot einiges für das Fastenbrechen am Abend mit nach Hause zu bringen. Der Alte Souk, Al Souk al Adiq sagen die Damaszener zu dem beliebten Markt auf der Al Ammara Strasse, am nördlichen Ende der Altstadt. Früher kamen die Bauern aus dem Umland mit ihrem Obst und Gemüse, mit Hühnern, Eiern und Milch, um alles frisch anzubieten. Als der neue Grossmarkt, der Souk al Hal in Zablatani, wenige Kilometer weiter südlich gebaut wurde, brachten die Bauern ihre Waren direkt

dorthin. Heute werden auf dem neuen Souk al Hal auch die Lastwagen beladen, die Waren in den Irak oder bis nach Saudi-Arabien transportieren.

Der Alte Souk bietet alles: Erdbeeren, Kräuter aller Art, Datteln aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Es gibt Kiwis aus Tunesien, Ingwer aus China, Datteln und Granatäpfel aus Jordanien. «Die sind nicht frisch, die kommen aus dem Kühlschrank», sagt entschuldigend ein Verkäufer. «Es ist jetzt keine Saison für Granatäpfel.» Die Produkte aus dem Ausland sind teuer und werden von Kunden nur in sehr kleinen Mengen gekauft, sagt der Dattelverkäufer, der früher und vor allem während des Fastenmonats Ramadan deutlich mehr Umsatz hatte. Die Datteln gehören zum Ritual des Fastenbrechens, doch viele Familien verzichten heute aus Kostengründen darauf.

An einem gesonderten Stand gibt es Käse und Eier, die aus dem rund 30 km entfernt liegenden Sednaya gebracht werden. Früher kostete eine Palette mit 30 Eiern 250 bis 300 Syrische Pfund. Heute liegt der Preis pro Palette bei 11000 SYP.



Damaskus Souk Adiq. Orangen von der Küste gefällig? (Bild Karin Leukefeld)

Am Nachbarstand gibt es Obst und Gemüse, das bis auf die ägyptischen Kartoffeln aus Syrien stammt: Grosse Avocados von der Küste, wo auch die Orangen herkommen. Knoblauch, Kartoffeln, Gurken, Tomaten, Zwiebeln, Auberginen, Salat – alles ist kunstvoll aufgeschichtet und ausgestellt.

## Gute Tomaten aus dem Hauran

Hier verkauft *Abu Ahmad*, der gerade 15 Jahre alt war, als er 2003 seine Arbeit am Gemüsestand aufnahm. Gerade ist er dabei, aus einem grossen, weit ausladenden Korb mit Tomaten die weichen und weniger ansehnlichen Exemplare auszusortieren. Er arbeite sieben Tage die Woche von 9:00 Uhr morgens bis 9:00 Uhr abends, erzählt er nebenbei. Sein Tageslohn betrage 15000 SYP, das reiche aber für ihn, die Frau und drei Kinder nicht aus. Auch während des Krieges habe er hier gearbeitet, erzählt er weiter. 2009 hatte er seinen Wehrdienst abgeschlossen und wurde glücklicherweise während des Krieges nicht wieder eingezogen.

Die Tomaten seien mit 3000 SYP pro Kilo sehr teuer, weil sie unter Plastikplanen bei Banias, an der Küste gezüchtet worden seien. Von dort müssten sie nach Damaskus transportiert werden, und das sei teuer: «Diesel ist teuer, aber auch der Dünger, der im Ausland eingekauft werden muss, ist teuer», erklärt *Abu Ahmad*, der Vater von Ahmad. Was im Ausland gekauft werde, müsse mit US-Dollar bezahlt werden, das verteuere alles. Die



Damaskus Souk Adiq. *Abu Ahmad* fing mit 15 auf dem Gemüsemarkt an. (Bild Karin Leukefeld)

guten, natürlich – nicht unter Plastikplanen – gewachsenen Tomaten gebe es zwischen Mai und Dezember und die kämen aus dem Hauran (Deraa). Das sei nicht weit von Damaskus entfernt, und so seien die Tomaten von dort nicht nur besser, sondern auch billiger. Aber sie seien eben nicht immer zu haben. Als *Abu Ahmad* vor 19 Jahren anfang, auf dem Markt zu arbeiten, hätten die Leute 5 Kilo-Kisten mit Tomaten für 100 SYP gekauft, erinnert er sich. Heute kauften sie ein Viertel oder vielleicht ein halbes Kilo Tomaten, mehr sei zu teuer.

## Frischer Fisch kaum bezahlbar

Wenige Schritte weiter steht *Abdul Rahman Afan* vor seinem Fischgeschäft. Sein Fisch sei gut und frisch, preist er die Ware an. Die Fische kommen aus Fischzuchtereien im Ghab, einer fruchtbaren Landschaft entlang des Orontes Flusses in Idlib. Andere kommen von Fischfarmen in Anjar, im benachbarten Libanon. Auch Fische aus dem Euphrat habe er anzubieten, und der Hai, der hinter ihm von der Decke herunterhängt, sei im Mittelmeer bei Latakia gefangen worden. Lachs werde importiert und koste 50000 SYP pro Kilo – für manche Menschen ist das ein Monatsgehalt. Vor dem Krieg sei sein Geschäft richtig gut gelaufen, erinnert er sich. Restaurants und Hotels gehörten zu seinen Kunden und die einfachen Leute, Familien, hätten 3 Kilo Fisch für 100 bis 200 SYP gekauft, je nach Fischart.

Heute koste ein Kilo mindestens 18000 SYP, kaum jemand könne sich das noch leisten. Die Menschen kauften den Fisch stückweise oder sie kaufen die kleinen, billigeren Sardinen, sagt *Afan*: «Und wenn sie Fisch kaufen, brauchen sie Öl, das sehr, sehr teuer geworden ist. Und sie brauchen mindestens noch Kartoffeln dazu, deren Preis auch gestiegen ist», sagt *Abdul Rahman Afan* und zuckt mit den Schultern. Den Fischladen hat *Abdul Rahman* von seinem Vater übernommen, der den Betrieb wiederum von seinem Vater geerbt hatte. Nie werde er das Familiengeschäft aufgeben, doch er überlege, den Laden hier im Alten Souk zu verkaufen und vielleicht drei, vier kleinere Läden an verschiedenen Standorten zu öffnen. Doch wer könne 1 Milliarde Syrische Pfund aufbringen, um den Laden zu kaufen?! Das Geschäft laufe schlecht, aber wenn er jetzt verkaufe, werde er zusätzlich Geld verlieren.

## Leder und Seile

Eine der unzähligen Gassen und engen Strassen führt in einen stillen, überdachten Gang, der an einer Mauer endet. Hier ist der Markt für Leder und Seile, hier ist der Laden von *Bassam Hawary*, der wie die meisten der Händler auf dem Alten Markt auch aus einer Händlerfamilie stammt. Sein Vater verkaufte Reifen für Autos, Zweiräder und Karren, *Bassam Hawary* verkauft Netze aus Leinen und Nylon. Sie würden für den Transport, für Dekorationen oder im Sport für Hand- und Fussballtore gebraucht, erklärt er. Mit Blick auf eine Hängematte, die unter der Decke hängt meint er, so etwas sei heute nicht sehr gefragt.

Vor 25 Jahren habe er seinen Laden geöffnet und vor dem Krieg seien die Geschäfte gut gewesen. Selbst während des Krieges habe er noch gut verkaufen können, aber nun sei die Situation so schlecht wie nie. Er habe das Geschäft aufgebaut, damit seine Söhne es einmal übernehmen könnten. Aber die lebten heute in Abu Dhabi, in den Vereinigten Arabischen Emiraten: «Hier finden sie keine ordentliche Arbeit mehr.»



Damaskus Souk Adiq. Rechts im Bild *Bassam Hawary*. (Bild Karin Leukefeld)

Die Preise seien enorm gestiegen, sagt *Hawary*. Es gäbe nicht mehr so viel syrische Baumwolle wie vor dem Krieg, der Transport sei wegen der Benzin- und Dieselnappheit sehr teuer geworden. «Dabei haben wir genug Öl, um das ganze Land zu versorgen! Wir haben Öl, Baumwolle und Weizen und alles ist in unserem Land.» Aber die syrischen Ressourcen sind nicht mehr für ganz Syrien da. Die grössten Baumwollanbaugelände im Euphrat-Tal stehen unter US-Besatzung und kurdischer Kontrolle und erreichen nur zu einem Bruchteil und teuer die verarbeitenden Textilfabriken in Aleppo. Dort wird heute vor allem die Baumwolle aus Al Ghab, dem fruchtbaren Orontes-Tal verarbeitet, das jahrelang von Islamisten – mit Unterstützung der Türkei – besetzt war. Die meiste Baumwolle, die in Syrien heute verarbeitet wird, kommt – ebenso wie die Nylonseile – aus China. Und muss mit Devisen bezahlt werden.

## Umm Issa, die Netzknüpferin

Die Netze, die *Bassam Hawary* in seinem Laden verkauft, werden in Yabroud, rund 80 km nördlich von Damaskus noch von Hand geknüpft. Verantwortlich für die Produktion ist *Umm Issa Barakati*, die die Aufträge an weitere fünf Frauen verteilt. Sie selber habe die



Yabroud *Umm Issam* (Bild Karin Leukefeld)

Arbeit von ihrer Mutter gelernt, damals sei sie sechs Jahre alt gewesen. »Und, was meinen Sie, wie alt ich heute bin,« schmunzelt sie. «Heute bin ich 79 Jahre alt und habe nur einige Probleme mit meinen Knien.» Mehr als 100 Jahre seien die Frauen aus ihrer Familie bekannt als Netzknüpferinnen. Damals seien auch Netze für die Jagd geknüpft worden, keine Maschine könne diese Arbeit machen wie sie und die anderen Frauen, ist sie überzeugt.

*Umm Issa*, die Mutter von *Issa*, lebt mit der Tochter und deren Familie zusammen. Die Tochter habe einen Laden, sie koche und putze die Wohnung und helfe, wo sie könne, erzählt sie stolz. Auch der Sohn habe Arbeit, fügt sie hinzu. «Ich danke Gott, dass wir gut leben können.»

Der einfache Arbeitsplatz ist im Empfangszimmer ihrer Wohnung. Auf einem Holzbock ist die Baumwolle aufgerollt. Vor ihr, auf einem Stuhl ist ein weiterer Bock befestigt, auf dem das fertig geknüpfte Netz aufgerollt ist, dass sie mit einem Holzschiffchen knüpft. Am Tag knüpfe sie etwa fünf Meter Netz, sagt *Umm Issa*. Dafür erhalte sie 2000 SYP und sei zufrieden. Gerade habe sie – über *Bassam Hawary*, den sie *Abu Muhammad* nennt, den Vater von *Muhammad* – einen Auftrag aus Saudi-Arabien erhalten: «Wir sollen Vorhänge für Türen knüpfen. 1,70 Meter breit und 2,25 Meter hoch. Wir warten auf die Seile, um mit der Arbeit beginnen zu können.»